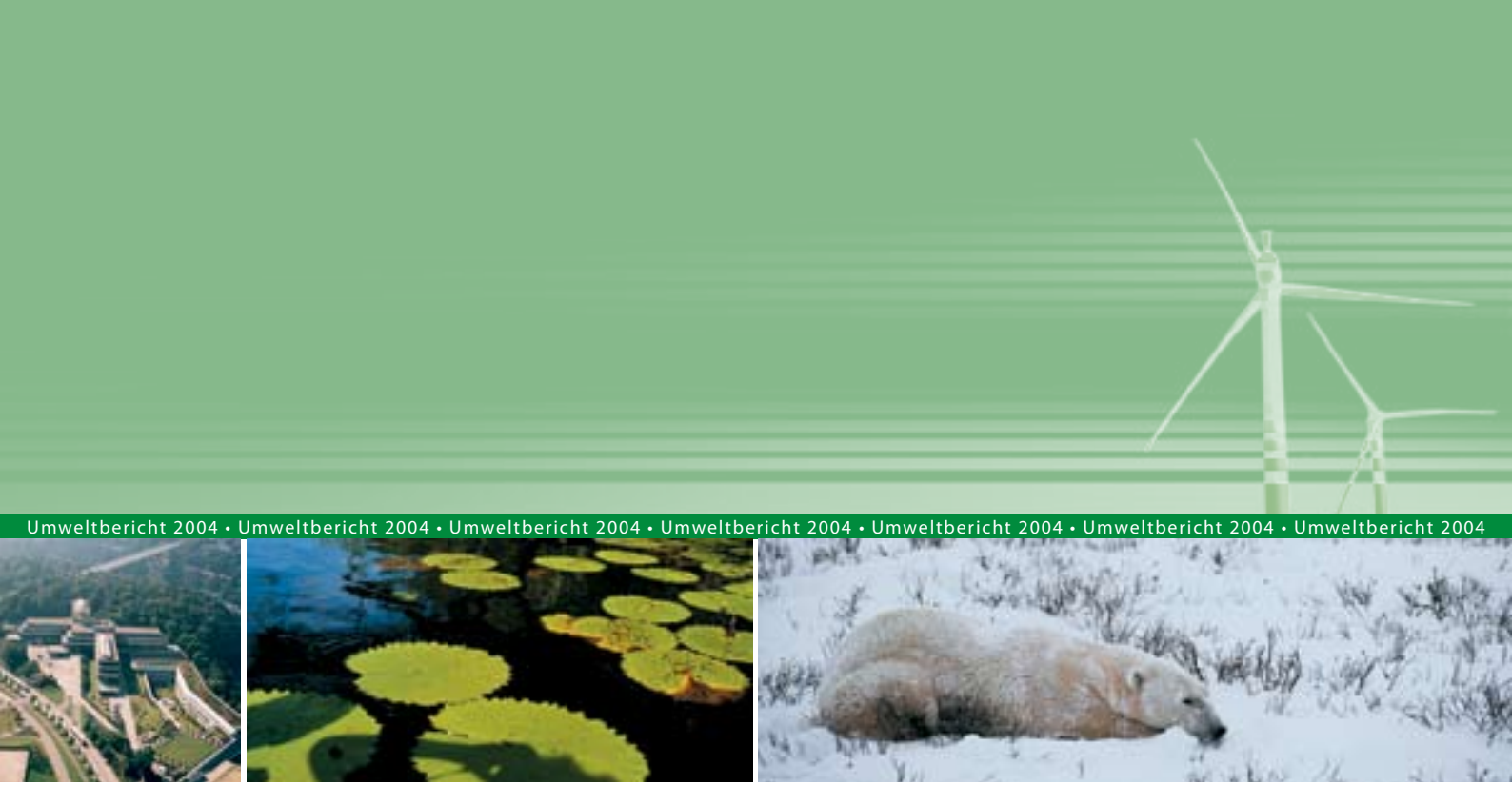
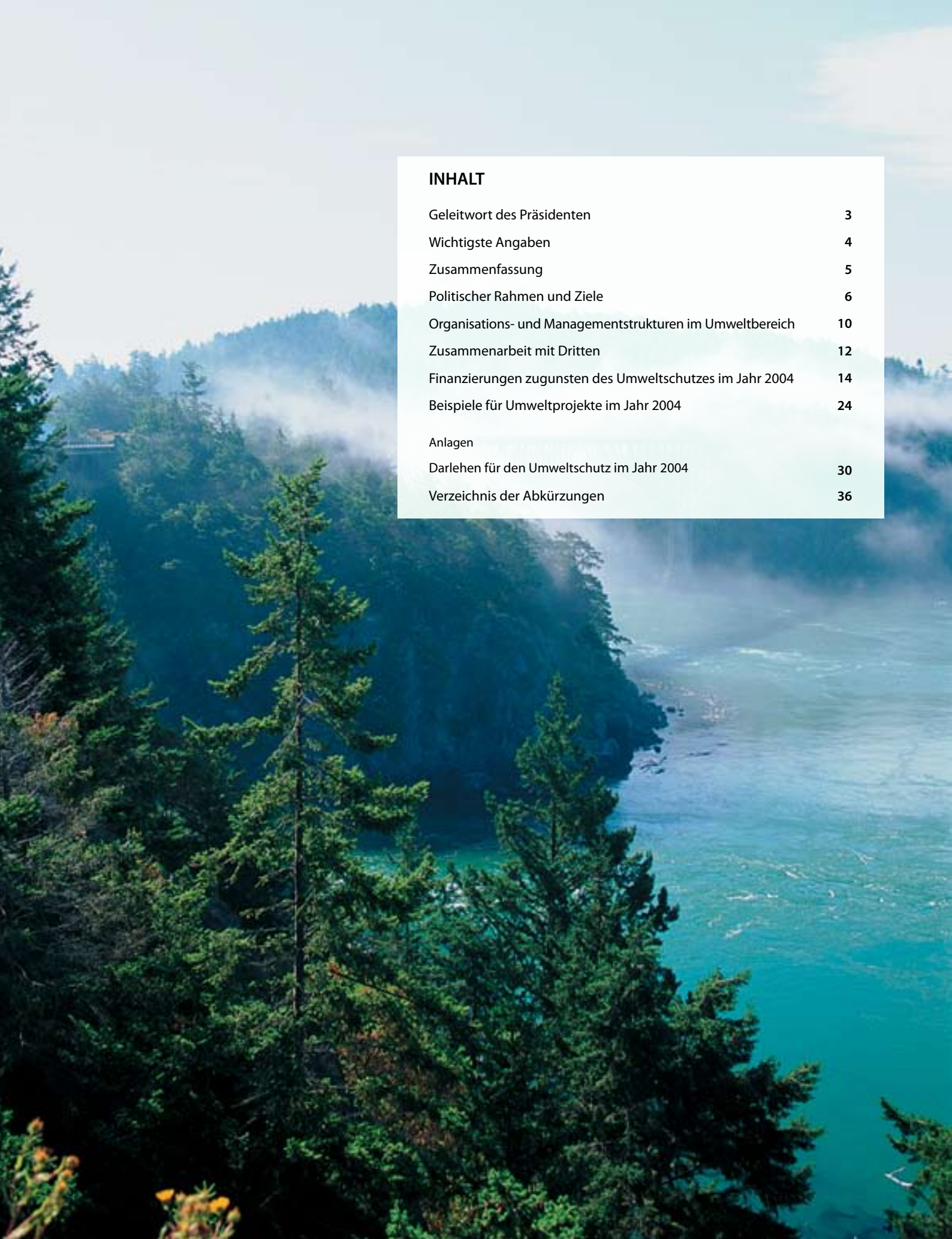


Umweltbericht 2004



INHALT

Geleitwort des Präsidenten	3
Wichtigste Angaben	4
Zusammenfassung	5
Politischer Rahmen und Ziele	6
Organisations- und Managementstrukturen im Umweltbereich	10
Zusammenarbeit mit Dritten	12
Finanzierungen zugunsten des Umweltschutzes im Jahr 2004	14
Beispiele für Umweltprojekte im Jahr 2004	24
Anlagen	
Darlehen für den Umweltschutz im Jahr 2004	30
Verzeichnis der Abkürzungen	36

Geleitwort des Präsidenten

Es ist mir eine große Freude, den vom Referat für Umweltfragen erstellten Umweltbericht 2004 der Europäischen Investitionsbank vorstellen zu können.

Es handelt sich hierbei um den dritten Bericht dieser Art, der wie die vorangegangenen Berichte die von der EIB ergriffenen jüngsten Maßnahmen zum Schutz und zur Verbesserung der Umwelt sowie zur Erhöhung der Lebensqualität beschreibt. Die EIB unterstützt damit die Politik der Europäischen Union zur Förderung einer nachhaltigen Entwicklung. Aus dem letztjährigen Bericht Bekanntes soll nicht wiederholt, sondern Näheres zu verschiedenen Themen, darunter auch zu den sich entwickelnden Beziehungen der Bank zur Zivilgesellschaft, berichtet werden. Es wurden auch mehr Beispiele für Umweltprojekte in den Bericht aufgenommen, um die im Jahr 2004 erzielten positiven Ergebnisse zu veranschaulichen.

Die EIB fördert weiterhin Umweltprojekte in den Bereichen Wasserwirtschaft, Abfallbeseitigung, öffentlicher Nahverkehr, Stadterneuerung, erneuerbare Energien und Energieeffizienz. 2004 hat sie ihr Ziel, 35% der Finanzierungen in der EU zugunsten von Umweltvorhaben durchzuführen, erneut erreicht.

Die Welt unterliegt einem raschen Wandel, und die EIB steht den neuen Risiken und Möglichkeiten, die sich im Umweltbereich ergeben, aufgeschlossen gegenüber. 2004 stockte die Bank ihre Finanzierungen in den neuen Mitgliedstaaten auf, um sie bei der Erfüllung der hohen Umweltstandards der EU zu unterstützen. Sie richtete ihr Augenmerk verstärkt auf die zunehmende Bedrohung durch den Klimawandel. Dies umfasst auch die Unterstützung von Projekten im Bereich erneuerbare Energien. Die Bank hat ferner ihre Finanzierungen zugunsten von Vorhaben ausgeweitet, die die Entwicklung und den Einsatz neuer Umwelttechnologien im Rahmen der Lissabon-Agenda betreffen, und sie hat Wege gesucht, die in der Millenniumserklärung der UN festgelegten Entwicklungsziele, insbesondere im Wasser- und Abwassersektor, außerhalb der EU zu fördern.

Der Umweltbericht behandelt neue politische Initiativen und Änderungen bei den internen Verfahren. Schulungen betrafen schwerpunktmäßig die Problematik des Klimawandels sowie Umweltpolitik und Umweltrecht der EU, insbesondere im Zusammenhang mit dem wichtigen Managementinstrument der Umweltverträglichkeitsprüfung. Die EIB hat zudem ihre Arbeitsbeziehungen zu verschiedenen externen Partnern, insbesondere zu anderen Multilateralen Finanzierungsinstitutionen (MFI), zur Generaldirektion Umwelt der Europäischen Kommission und zu mehreren nichtstaatlichen Umweltorganisationen (NGO) weiter ausgebaut.

Ich hoffe, Sie werden diesen Umweltbericht mit Interesse lesen. Vorschläge und Kommentare zu Inhalt und Form des Berichts sind uns selbstverständlich willkommen.

Philippe Maystadt
Präsident der EIB

Wichtigste Angaben

EIB-Darlehen für den Umweltschutz nach Förderungswürdigkeit im Jahr 2004 (Einzelvorhaben)

(in Mio EUR)

Regionen	Umweltfinanzierungen insgesamt	Klimawandel	Naturschutz	Umwelt und Gesundheit	Natürliche Ressourcen/ Abfallmanagement	Städtische Umwelt
EU	10 378,0	1 698,8	105,0	2 124,8	318,8	6 142,4
Partnerländer	758,0	80,0	34,0	239,0	150,0	405,0
Insgesamt	**11 136,0**	**1 778,8**	**139,0**	**2 363,8**	**468,8**	**6 547,4**

Investitionen zur Stadterneuerung in Florenz

Zusammengefasste Angaben für Vergleichszwecke

(in Mio EUR)

	2000	2001	2002	2003	2004
Finanzierungen insgesamt	**35 593**	**36 758**	**39 623**	**42 332**	**43 204**
EU	32 129	33 663	36 614	38 213	39 661
Partnerländer	3 464	3 095	3 009	4 119	3 543
Finanzierungen insgesamt, Einzelvorhaben	**23 274**	**25 059**	**26 535**	**30 158**	**31 448**
EU	20 366	22 659	23 835	26 975	28 776
Partnerländer	2 908	2 400	2 701	3 183	2 672
Globaldarlehen	**12 319**	**11 699**	**13 087**	**12 174**	**11 757**
EU	11 763	11 005	12 779	11 238	10 885
Partnerländer	556	695	308	936	872
Umweltfinanzierungen	**8 766**	**7 099**	**10 688**	**12 329**	**11 136**
EU	7 763	6 421	10 382	11 572	10 378
Partnerländer	1 002	678	306	757	758

Zusammenfassung

Die EIB spielt bei der Umsetzung der Umweltpolitik der Europäischen Union eine aktive Rolle. Der Schutz und die Verbesserung der Umwelt sind vom Verwaltungsrat der Bank als eines der vorrangigen Ziele des Operativen Gesamtplans (OGP) 2005-2007 bestätigt worden.

Nach der Erweiterung der EU am 1. Mai 2004 hat die EIB die Ausleihungen in den neuen Mitgliedstaaten weiter erhöht und durch die Finanzierung von Projekten die Umsetzung der EU-Umweltpolitik und die Beachtung des EU-Umweltrechts gefördert.

Als Institution der Europäischen Union für langfristige Finanzierungen ist die EIB bestrebt, durch die Unterstützung der EU-Politik und die Konzentration auf die Qualität der mitfinanzierten Projekte einen zusätzlichen Nutzen zu bewirken. Der vorliegende Bericht beschreibt die Finanzierungen und Ergebnisse der EIB im Umweltsektor im Jahr 2004 und zeigt, wo die Bank in diesem Bereich einen zusätzlichen Nutzen erzielt hat. Das Engagement der EIB für die Umwelt berücksichtigt die jüngsten Vorgaben des Sechsten Umweltaktionsprogramms der Europäischen Kommission und insbesondere mehrere neue Initiativen im Bereich des Klimawandels. Die Bank hat zur Umsetzung der Empfehlungen des Europäischen Programms zur Klimaänderung eine Reihe von Maßnahmen im Bereich des Klimawandels ergriffen. Ziel ist insbesondere die Reduzierung der Kohlendioxidemissionen im Rahmen des EU-Emissionshandelssystems.

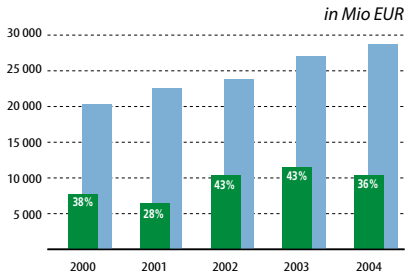
Im Jahr 2004 hat die EIB ihre Zusammenarbeit mit verschiedenen externen Partnern, die gemeinsame Umweltschutzinteressen haben, fortgesetzt – insbesondere mit der Generaldirektion Umwelt der Europäischen Kommission, anderen Multilateralen Finanzierungsinstitutionen (MFI) und mehreren nicht-staatlichen Umweltorganisationen (NGO). Darüber hinaus haben Mitarbeiter der Bank an einer Reihe von externen Veranstaltungen zu Umweltthemen teilgenommen und Beiträge geleistet.

Parallel dazu lief der Prozess der Überprüfung und Aktualisierung der internen Umweltverfahren in der Bank weiter. Er wurde durch entsprechende Weiterbildungsmaßnahmen unterstützt, die sich auch im Jahr 2004 auf EU-Umweltpolitik und -recht konzentrierten.

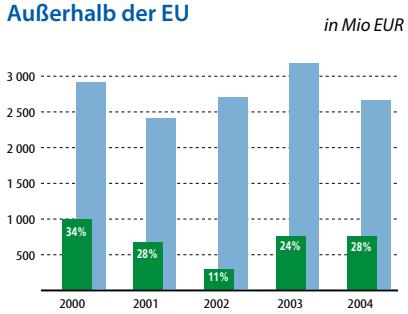
Der Umweltbericht 2004 ist der dritte von der EIB veröffentlichte Bericht dieser Art. Er beschreibt die Finanzierungen der Bank im Umweltbereich im Jahr 2004, die zur Erreichung eines oder mehrerer der umweltpolitischen Ziele der EU beitragen sollen. Die Bank hat sich das Ziel gesetzt, zwischen 30 und 35% ihrer gesamten Einzeldarlehen in der erweiterten Union für Projekte zur Erhaltung und Verbesserung der Umwelt zu vergeben. 2004 erreichten die Finanzierungen im Umweltbereich 35%, so dass dieses Ziel verwirklicht wurde. Insgesamt beliefen sich die im Umweltsektor bereitgestellten Einzeldarlehen auf 11,1 Mrd EUR, von denen 10,4 Mrd EUR in der EU-25 vergeben wurden. Außerdem hat die Bank weiterhin sichergestellt, dass alle von ihr mitfinanzierten Projekte ihre Umweltschutzanforderungen erfüllen.

EIB-Darlehen für den Umweltschutz 2000-2004
(in % der gesamten Finanzierungen von Einzelvorhaben)

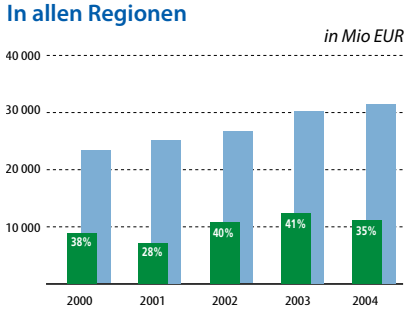
EU insgesamt



Außerhalb der EU



In allen Regionen



Politischer Rahmen und Ziele

Die EIB wird auch künftig eine aktive Rolle bei der Förderung der umweltpolitischen Ziele der EU spielen. Die Politik der Bank und ihr umweltpolitischer Ansatz werden durch die Entwicklung der EU sowie ihrer Umweltpolitik und des einschlägigen rechtlichen Rahmens bestimmt.

Zehn neue Mitgliedstaaten

Am 1. Mai 2004 wurden 10 neue Mitgliedstaaten in die Europäische Union aufgenommen. Um der EU beitreten zu können, mussten diese Länder die Kopenhagener Kriterien erfüllen, d.h. eine stabile Demokratie und eine funktionierende Marktwirtschaft aufweisen und in der Lage sein, die Regeln, Normen und Politiken, die die Gesamtheit des EU-Rechts ausmachen (acquis communautaire – gemeinschaftlicher Besitzstand), zu übernehmen.

Die Übernahme des gemeinschaftlichen Besitzstandes erfordert umfangreiche Investitionen. Dies stellt für den Umweltbereich eine der größten Herausforderungen dar, die für die beitretenden Länder eine enorme finanzielle Belastung bedeutet. Jüngsten Schätzungen der Europäischen Kommission zufolge sind für die Erfüllung der Anforderungen in den neuen Mitgliedstaaten Umweltinvestitionen in Höhe von insgesamt 80-110 Mrd EUR erforderlich. Die EIB hat zahlreiche auf die Übernahme des acquis ausgerichtete Projekte unterstützt und wird dieses Engagement auch in Zukunft fortsetzen. Dabei wird die Finanzierungstätigkeit der Bank vielfach mit Zuschüssen der EU ergänzt.

Die Politik der EU

Der EG-Vertrag, die Satzung der EIB und die Politik der Europäischen Union bilden die Grundlagen für die Politik und die Finanzierungstätigkeit der EIB. Diese werden in spezifischen Grundsatzpolitischen Erklärungen formalisiert, in denen die Einschaltungskriterien und Standards festgelegt sind, die wiederum in die im Operativen Gesamtplan (OGP) aufgestellten Ziele einfließen.

Das wichtigste Ereignis des Jahres 2004 für die Europäische Union war der Beitritt von 10 neuen Mitgliedstaaten am 1. Mai 2004. Zum gleichen Zeitpunkt wurden die neuen Mitgliedstaaten auch Anteilseigner der Europäischen Investitionsbank.

Die Bank baut ihre Finanzierungstätigkeit in den neuen Mitgliedstaaten weiter aus und arbeitet eng mit der Europäischen Kommission zusammen, um Projekte und Programme zu unterstützen bzw. mitzufinanzieren, die auf die Stärkung der Kohäsion zwischen den Mitgliedstaaten und damit auf die grundlegenden Ziele der Gemeinschaft ausgerichtet sind.

Die Umweltpolitik der EU

Die Europäische Kommission hat ihre Arbeiten zur Aufstellung thematischer Strategien fortgesetzt, die klar definierte Ziele für die Umsetzung des Sechsten Umweltaktionsprogramms der EU vorgeben sollen (siehe folgenden Kasten). So wurden 2004 verschiedene Initiativen ins Leben gerufen wie beispielsweise der Aktionsplan Umwelt und Gesundheit und der Aktionsplan für Umwelttechnologien (ETAP). In diesen Aktionsplänen werden konkrete Maßnahmen zur Erreichung strategischer Ziele dargelegt. So zählt der ETAP zu den wichtigsten Beiträgen der Umweltpolitik zu den Wachstums- und Beschäftigungszielen der Lissabon-Strategie. Den Zielen der Klimaschutzpolitik wurde mit der Annahme des Umsetzungsrahmens und der damit zusammenhängenden nationalen Zuteilungspläne für das Emissionshandelssystem Rechnung getragen. Wichtig ist auch, dass weiterhin Mittel für die Ausarbeitung der Strategien für die Bereiche Pestizide, Luftverschmutzung, nachhaltige Nutzung natürlicher Ressourcen, Abfallvermeidung und -recycling, maritime Umwelt, Bodenschutz und städtische Umwelt bereitgestellt wurden, die Gegenstand des Sechsten Umweltaktionsprogramms sind und voraussichtlich 2005 angenommen werden.

In Ergänzung zu den strategischen Ansätzen stellt die Kommission im Rahmen des EU-Rechts Umweltschutzziele auf, die die Rahmenbedingungen und die Standards für die von der EIB finanzierten Projekte vorgeben.

Sechstes Umweltaktionsprogramm der EU (6EAP)

Im 6EAP wird ein strategischer Ansatz zur Erreichung der Umweltschutzziele der EU für den Zeitraum 2001-2010 entworfen, der vier vorrangige Handlungsfelder umfasst:

- Klimaänderungen
- Natur und biologische Vielfalt
- Umwelt, Gesundheit und Lebensqualität
- Nachhaltige Nutzung von natürlichen Ressourcen und Abfallmanagement.

Die Strategien für Bodenschutz, städtische Umwelt, Pestizide, maritime Umwelt, Luftverschmutzung, nachhaltige Nutzung von natürlichen Ressourcen sowie Abfallvermeidung und Recycling sollen im Jahr 2005 zur Annahme vorgelegt werden. Die EIB wird die Umsetzung dieser Strategien unterstützen, soweit es im Rahmen ihrer Umweltschutzfinanzierungen möglich ist.

In einigen Fällen ergeben sich durch neue Rechtsvorschriften Bereiche für eventuelle Finanzierungsmöglichkeiten. Die für die EIB bedeutendste diesbezügliche Entwicklung bestand im Jahr 2004 in der Annahme der EU-Richtlinie über das System des Emissionshandels, das die EU und ihre Mitgliedstaaten bei der Erfüllung ihrer jeweiligen Verpflichtungen aus dem Kyoto-Protokoll unterstützen soll. Die Anstrengungen zur Gewährleistung der Einhaltung der nationalen Zuteilungspläne, auf denen der Emissionshandel basiert, führten zum erfolgreichen Start des Emissionshandelssystems am 1. Januar 2005.

Die Umweltpolitik der EIB

Der Schutz und die Verbesserung der Umwelt stellt weiterhin eine der wichtigsten operativen Prioritäten der EIB dar. Die Bank ist bestrebt, die Umweltpolitik der Europäischen Union sowohl durch ihre Finanzierungstätigkeit als auch durch die Prüfung der Umweltverträglichkeit der finanzierten Projekte zu unterstützen.

Im OGP für den Zeitraum 2005-2007 sind folgende Umweltschutzziele festgeschrieben:

- Erhöhung des Anteils der Umweltdarlehen auf 25-35% der gesamten Finanzierungen der EIB in der EU und den Bewerberländern;
- Schrittweise Erhöhung des Anteils der erneuerbaren Energien an der durch die Bank in der EU finanzierten, neu installierten elektrischen Leistung auf bis zu 50% bis 2010 sowie erhöhter Anteil der Finanzierungen zugunsten von nicht durch Windkraft gewonnenen erneuerbaren Energien;
- Stärkere Konzentration auf vorgelagerte Umwelttechnologien und Forschung und Entwicklung in diesem Bereich.

Im Jahr 2004 unterzeichnete die EIB Einzeldarlehen für den Umweltbereich in Höhe von 11,1 Mrd EUR. Das entspricht 35,4% des gesamten Finanzierungsvolumens von 31,4 Mrd EUR für das Jahr 2004. Darüber hinaus gibt es Projekte mit bestimmten Umweltkomponenten, die in diesen Zahlen nicht erfasst sind. Das Ziel einer Erhöhung der Finanzierungen zugunsten des Umweltschutzes auf 35% der gesamten Finanzierungstätigkeit der EIB in der EU wurde damit erreicht.

An der Zielvorgabe für die erneuerbaren Energien wurde 2004 eine Anpassung vorgenommen. Die ursprüngliche Vorgabe

Environmental Statement 2004 (Aufgaben und Tätigkeiten im Umweltbereich) – Zusammenfassung

Die EIB finanziert Projekte, die dem Schutz und der Verbesserung der natürlichen und städtischen Umwelt und der Förderung des sozialen Wohlergehens im Interesse einer nachhaltigen Entwicklung dienen. Dabei geht sie bei der Finanzierung von Vorhaben, die auf die Verbesserung und den Schutz der Umwelt ausgerichtet sind, nach einem pro-aktiven Ansatz vor. Bei der Finanzierung anderer Vorhaben unterstützt sie Maßnahmen, die mit möglichst geringen negativen Umweltauswirkungen verbunden sind.

Die Bank stellt sicher, dass alle von ihr finanzierten Projekte den folgenden Kriterien genügen:

- Umsetzung der europäischen Umweltpolitik und Einhaltung der diesbezüglichen EU-Normen
- Berücksichtigung der örtlichen Gegebenheiten und Gesetze in Ländern außerhalb der EU
- Zugrundelegung von EU-Standards als Benchmarks für die Erfolgsmessung
- Einhaltung der EU-Richtlinie über die Umweltverträglichkeitsprüfung
- Gegebenenfalls Anwendung der ‚besten verfügbaren Techniken'
- Anwendung guter Umweltmanagementverfahren bei der Projektdurchführung
- Einhaltung international anerkannter und in der Praxis bewährten Umweltstandards
- Einhaltung international anerkannter Sozialschutzmaßnahmen einschließlich Arbeitsnormen.

Im Environmental Statement wird ein besonderes Schwergewicht auf soziale Belange in den Entwicklungsländern als fester Bestandteil der Umweltschutzpolitik der Bank gelegt.

lautete: „Verdoppelung des Anteils der Projekte im Bereich erneuerbare Energien an den gesamten Finanzierungen der EIB im Energiesektor im Zeitraum 2002 - 2007 von 7 auf 15%". Dieses Ziel wurde mit der Zusage der EIB auf der Internationalen Konferenz für Erneuerbare Energien in Bonn, den Anteil der erneuerbaren Energien an ihrem gesamten Finanzierungsvolumen für neue Stromerzeugungskapazitäten in der EU bis zum Jahr 2010 von derzeit 15% auf 50% zu erhöhen, noch ehrgeiziger. Dies steht in Einklang mit dem Ziel der EU, den Anteil der erneuerbaren Energien an der Stromerzeugung in der EU-25 bis zum Ende dieses Jahrzehnts auf 22% anzuheben.

Im Jahr 2004 hat die EIB der Notwendigkeit zur stärkeren Förderung von FuE für grundlegende Umwelttechnologien im Rahmen des 6. Rahmenprogramms der Europäischen Kommission in größerem Umfang Rechnung getragen. In Bezug auf erneuerbare Energien konzentriert sich die Bank seit jeher auf diejenigen Technologien, die bereits kommerziell tragfähig sind. Nun hat sie ihre wirtschaftlichen Kriterien dahingehend ausgedehnt, dass sie „innovative" Vorhaben im Bereich erneuerbare Energien, deren Technologie sich noch in der Demonstrationsphase befindet, leichter finanzieren kann.

Klimaschutz

Im Laufe des Jahres 2004 hat die EIB ihre Aktivitäten zur Unterstützung der EU-Politik im Bereich Klimaschutz verstärkt und ihre konzeptionellen Arbeiten an einer Reihe neuer Fazilitäten zum Klimaschutz fortgesetzt, die die Umsetzung des Emissionshandelssystems der EU erleichtern sollen.

Emissionshandel und Klimaschutz

Ziel der EU-Politik zur Bekämpfung des Klimawandels ist es, die Treibhausgasemissionen im Zeitraum 2008 - 2012 auf kostengünstige Weise um 8% im Vergleich zum Jahr 1990 zu verringern. Diese Politik steht in Einklang mit der Umsetzung des Kyoto-Protokolls. Wichtigste Komponente dieser Politik ist das mit der Richtlinie 2003/87/EG und ihrer Änderungsrichtlinie 2004/101/EG eingeführte Europäische Emissionshandelssystem (EU-ETS), das am 1. Januar 2005 angelaufen ist.

Mit dem ETS wurde ein „Cap-and-Trade"-System eingerichtet (wonach die Höchstmengen an zugeteilten Emissionen überschritten werden können, indem Emissionsrechte gekauft werden). Damit wird für über 12 000 Anlagen in der EU die Einhaltung von zugeteilten Emissionsobergrenzen (die sich ursprünglich nur auf CO_2 bezogen) gesetzlich vorgeschrieben. Anderenfalls werden Geldbußen fällig. Die Obergrenze (cap) dient dazu, Verringerungen der Kohlendioxidemissionen sicherzustellen. Das Handelssystem verschafft den Unternehmen eine gewisse Flexibilität bei der Erfüllung ihrer Verpflichtungen zur Verringerung der CO_2-Emissionen. Mit der Änderung der Richtlinie über den Emissionshandel, der sogenannten Linking Directive, erhalten die Unternehmen bei der Erfüllung dieser Verpflichtungen ein zusätzliches Maß an Flexibilität; gleichzeitig wird dem ETS mehr Liquidität zugeführt, indem Emissionsgutschriften aus den im Kyoto-Protokoll vorgesehenen projektbezogenen Mechanismen - Joint Implementation (JI) und Clean Development Mechanism (CDM) - als Erfüllung der Reduktionsverpflichtungen anerkannt werden.

Im Jahr 2004 wurden bei der Konzipierung und Umsetzung der Klimaschutzinitiativen der EIB folgende Fortschritte erzielt:

- Für die mit 500 Mio EUR ausgestattete Klimaschutz-Finanzierungsfazilität (Climate Change Financing Facility - CCFF) wurden erste potenzielle Projekte ermittelt. Diese Fazilität dient der Finanzierung von Projekten, die von europäischen Unternehmen, die am EU-ETS teilnehmen, im Hinblick auf die Senkung ihrer Emissionen durchgeführt werden. Eine Teilfazilität von 100 Mio EUR ist für die Finanzierung von CDM- und JI-Projekten innerhalb und außerhalb der EU vorgesehen.
- Für die mit 10 Mio EUR ausgestattete Fazilität für Technische Hilfe im Bereich Klimaschutz (Climate Change Technical Assistance Facility - CCTAF) wurden ebenfalls erste potenzielle Projekte ermittelt. Aus dieser Fazilität können Vorfinanzierungen für Tätigkeiten im Zusammenhang mit der Generierung projektbasierter Emissionsgutschriften im Rahmen von CDM- und JI-Projekten bereitgestellt werden.

Auch hinsichtlich der Errichtung von Fonds für den Handel mit Emissionsgutschriften (Carbon funds) hat die EIB Fortschritte erzielt. Am 16. Dezember 2004 wurde eine gemeinsame Absichtserklärung (Memorandum of Understanding) zwischen der EIB und der Weltbank über die Errichtung eines gemeinsam mit der Weltbank verwalteten Fonds – des World Bank-EIB Carbon Fund for Europe (CFE) - unterzeichnet. Mit anderen Institutionen werden ebenfalls Verhandlungen über die Errichtung weiterer Carbon funds geführt. Die Einrichtung und der eigentliche Start des WB-EIB CFE hängt nun noch von der Genehmigung durch die Verwaltungsräte von EIB und Weltbank ab. Wenn der Fonds genehmigt wird, wird er die Fondsbeteiligten (staatliche europäische Anteilseigner und Privatunternehmen) bei der Erfüllung ihrer jeweiligen Verpflichtungen im Rahmen des Kyoto-Protokolls und des Europäischen Emissionshandelssystems (EU-ETS) unterstützen, indem er für sie Emissionsgutschriften aufkauft. Außerdem wird er dazu beitragen, dass die Projektträger in Entwicklungsländern und Schwellenländern im Interesse einer nachhaltigen Entwicklung mehr Möglichkeiten erhalten, ihr Emissionsminderungspotenzial voll zu nutzen.

Organisations- und Managementstrukturen im Umweltbereich

Umweltfragen und Managementstrukturen

Die Hauptzuständigkeit für Umweltbelange bei der EIB liegt bei der Direktion Projekte mit ihren rund 80 Ingenieuren und Volks- und Betriebswirten, die alle über spezielle Kenntnisse im Umweltbereich verfügen. Das Umweltmanagement der Bank wird von einer Reihe fachspezifischer Referate unterstützt:

- Der umweltpolitische Lenkungsausschuss (Environmental Steering Committee - ENVSC) hat eine Beratungsfunktion in Bezug auf die Ausgestaltung der Umweltpolitik und bei ökologisch komplexen Projekten. Ihm gehören hochrangige Mitglieder der verschiedenen Direktionen der Bank an.
- Die Arbeitsgruppe für die Prüfung von Umweltaspekten (Environmental Assessment Group - ENVAG) sorgt für die Einhaltung der umweltrelevanten Maßnahmen und Verfahren der EIB und prüft jedes Projekt. Die ENVAG umfasst 10 Mitglieder (Umweltexperten aus den verschiedenen Tätigkeitsbereichen der Bank).
- Das Umwelt-Referat (Environment Unit - ENVU) ist gemeinsam mit der ENVAG und dem ENVSC zuständig für die Entwicklung politischer Ansätze, Verfahren und Leitlinien, für Schulungen und die Verbreitung von Informationen; es arbeitet eng mit der Europäischen Kommission, insbesondere mit der Generaldirektion Umwelt, mit anderen Finanzinstitutionen und staatlichen und nicht-staatlichen Organisationen (NGO) zusammen. Der Leiter des ENVU ist auch Vorsitzender der ENVAG.
- Innerhalb der Direktion Finanzierungen in Europa wurde ein Umwelt-Kompetenzzentrum (Centre of Expertise) eingerichtet, das eingehendere Kenntnisse über Umweltbelange und -projekte gewinnen soll, um so die Chancen der EIB zur Finanzierung von Umweltprojekten zu verbessern und den Anwendungsbereich der Umweltpolitik und -verfahren der Bank auszubauen.

Im Jahr 2004 konsolidierte das Umwelt-Referat die bestehenden internen Leitlinien für die Umweltverträglichkeitsprüfung von Projekten und verschärfte sie in bestimmten Bereichen wie biologische Vielfalt und Klimawandel.

Diese Maßnahmen sind darauf ausgerichtet, die Umweltpolitik der Bank in Form von Leitlinien und Beratungsleistungen zu unterstützen, eine durchgängig hohe Qualität der Prüfungsverfahren sicherzustellen, die Umweltpolitik der Bank besser sichtbar zu machen und die Kapazitäten für den Dialog mit externen Partnern zu stärken. Die Bank ist der Ansicht, dass diese Ziele im Großen und Ganzen erreicht werden. Im Jahr 2004 wurden einige Verbesserungsmöglichkeiten ermittelt, die gegenwärtig umgesetzt werden, wie zum Beispiel:

- Stärkung der Kapazitäten des Umwelt-Referats und seiner Zusammenarbeit mit den Direktionen der Bank;
- Entwicklung interner Leitlinien speziell für die Umweltverträglichkeitsprüfung von Projekten, die mehrere Teilprojekte umfassen;
- Fokussierung der Arbeit des Lenkungsausschusses auf strategische Fragen;
- Ermittlung des ökologischen Nutzens von Projekten, die nicht ausdrücklich auf Umweltziele abstellen;
- Verbesserung der Leitlinien, die zwischengeschalteten Finanzinstituten im Hinblick auf die Prüfung von Umweltaspekten zur Einhaltung der EIB-Ziele vorgegeben werden.

Die Projektteams setzen sich aus Volkswirten, Ingenieuren, Finanzexperten und Mitgliedern der Arbeitsgruppe für die Prüfung von Umweltaspekten zusammen. Sie tragen die Verantwortung dafür, dass die umweltpolitischen Leitlinien der EIB bei den einzelnen Projekten Anwendung finden. In diesen Teams sind bedeutende sektor- und regionenübergreifende Ressourcen zusammengefasst.

Interne Umweltverfahren

Die Ziele und Kriterien der für eine Finanzierung der Bank in Betracht kommenden Umweltprojekte sind im „Environmental Policy Statement" (Aufgaben und Tätigkeiten im Umweltbereich) der EIB sowie im Operativen Gesamtplan festgeschrieben. Alle von der Bank finanzierten Einzelprojekte werden einer Umweltverträglichkeitsprüfung unterzogen, um festzustellen, ob sie ökologisch akzeptabel sind. Als sozialverantwortliche Institution setzt sich die Bank auch für Transparenz und Rechenschaftslegung ein.

Umweltbelange werden während des gesamten Projektzyklus (siehe „Der Projektzyklus in der Europäischen Investitionsbank", www.eib.org), von der Projektidentifizierung bis zur Fertigstellung und Ex-post-Evaluierung berücksichtigt. Die von der Bank durchgeführte interne Umweltverträglichkeitsprüfung der Projekte erfüllt zwei Aufgaben, nämlich den Schutz der Umwelt sicherzustellen und, soweit möglich, Wege zur Verbesserung der Umweltqualität durch Maßnahmen zur Minderung und/oder Kompensation bzw. zur Sanierung zu finden.

Soziale Belange werden besonders in Ländern berücksichtigt, in denen die Gesetze dem Einzelnen möglicherweise keinen ausreichenden Schutz bieten. Zu den sozialen Aspekten können Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz, das Arbeitsrecht (z.B. hinsichtlich Diskriminierung und Kinderarbeit), Umsiedlungsaspekte und übertragbare Krankheiten gehören. Die EIB hat im Jahr 2004 mit der Überarbeitung und Formalisierung ihres Ansatzes zur Prüfung sozialer Belange begonnen. Bis Ende 2005 dürfte die Bank eine Reihe von Leitlinien für die Berücksichtigung sozialer Belange in Entwicklungsländern aufgestellt haben.

Im Jahr 2004 konsolidierte das Umwelt-Referat die bestehenden internen Leitlinien für die Umweltverträglichkeitsprüfung von Projekten und verschärfte sie in bestimmten Bereichen wie biologische Vielfalt und Klimawandel.

Beurteilung der sozialen Komponenten von Projekten in Entwicklungsländern: Der Ansatz der Europäischen Investitionsbank

Im Juli 2004 veröffentlichte die Bank eine Erklärung zur Beurteilung der sozialen Komponenten von EIB-Projekten in Entwicklungsländern. Darin wurde auf die zunehmende Bedeutung sozialer Belange bei der Förderung der nachhaltigen Entwicklung hingewiesen. Dazu zählen Aspekte wie eine gerechte Einkommensverteilung, Armutsbekämpfung, Menschenrechte, Arbeitsnormen, Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz sowie die Notwendigkeit, ein integriertes Modell zur Beurteilung der Nachhaltigkeit zu entwickeln. In der Erklärung wird die bestehende Praxis dargelegt und darauf hingewiesen, dass die sozialen Aspekte auch bei den der EIB für Operationen außerhalb Europas erteilten Mandaten berücksichtigt werden. Außerdem wurde die Notwendigkeit anerkannt, in Partnerschaft mit anderen internationalen Finanzinstitutionen einen systematischeren Ansatz zu erarbeiten. Der Ansatz für eine sozialverträgliche Entwicklung wird durch einen umfangreichen Komplex aus einzelstaatlichen, gemeinschaftlichen und internationalen Gesetzen sowie durch die laufenden Bemühungen um einen besseren Zugang zu Informationen und zur Förderung der Einbeziehung verschiedener Gruppen von Betroffenen in die Entscheidungsprozesse untermauert.

Zusammenarbeit mit Dritten

Interinstitutionelle Zusammenarbeit

Die EIB hat ihre Zusammenarbeit mit anderen Institutionen der Europäischen Union auf allen Ebenen fortgesetzt, und zwar sowohl was ihre Umweltpolitik als auch ihre Finanzierungstätigkeit im Umweltbereich betrifft. Die Zusammenarbeit mit der GD Umwelt wurde weiter intensiviert (siehe nachfolgenden Kasten). Die Bank ist auch weiterhin aktives Mitglied in verschiedenen Umwelt-Task-Forces und Arbeitsgruppen wie beispielsweise der Umweltschutz-Arbeitsgruppe der MFI. Sie beteiligte sich ferner an mehreren regionalen Umweltprogrammen in Europa, an der Ausarbeitung der ETAP und verschiedenen Kooperationsvereinbarungen zur Umsetzung der Wasser- und Energieinitiativen der EU im Anschluss an Johannesburg (Weltgipfel für nachhaltige Entwicklung, 2002).

Externe Transparenz

Die EIB ist darum bemüht, die Öffentlichkeit so umfassend wie möglich über ihre Tätigkeit und Verfahren zu informieren, was insbesondere für den Umweltbereich gilt. Sie geht auf alle Auskunftsersuchen interessierter Bürger ein und ist ihrerseits stets für Informationen und neue Sichtweisen zu ihrer Tätigkeiten offen. In diesem Zusammenhang liefern ihr die lokalen Organisationen der Zivilgesellschaft (Civil Society Organisations – CSO) einschließlich der nichtstaatlichen Organisationen vor allem auf der Ebene der Projekte wertvolle Zusatzinformationen.

In Einklang mit ihrem generellen Ziel der Transparenz sondierte die EIB 2004 neue Wege der Zusammenarbeit mit interessierten Organisationen der Zivilgesellschaft, des Informations- und Erfahrungsaustauschs sowie zur Stärkung des gegenseitigen Vertrauens und gegenseitiger Lernprozesse, indem sie z.B. an Arbeitsgruppen und Tagungen teilnahm, die NGO zu bestimmten Spezialgebieten veranstalteten. So hat die Bank vor allem ihre Kontakte zu CSO im Rahmen des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses intensiviert.

Für die laufenden Kontakte mit der Zivilgesellschaft und den NGO ist die Hauptabteilung Kommunikation und Information zuständig. Seit Januar 2005 sind die Personalressourcen für die Beziehungen zu den CSO deutlich verstärkt worden und umfassen nunmehr drei Pressesprecher und ein eigenes Referat „Zivilgesellschaft". Dieses Referat dient als Schnittstelle zwischen der breiten Öffentlichkeit und anderen Abteilungen der Bank, die sich mit umweltrelevanten Fragen der Transparenz und Rechenschaftslegung befassen. Zusätzlich

Zusammenarbeit der EIB mit der Generaldirektion Umwelt

Die Zusammenarbeit der EIB mit der GD Umwelt beruht auf dem Auftrag der Bank, durch die von ihr finanzierten Projekte die Durchführung der Umweltpolitik der EU zu unterstützen. Die Bank konsultiert die GD Umwelt zu einzelnen Projekten und wendet die Verfahren und Grundsätze an, die in der im Jahr 2002 zwischen der Bank und der Kommission unterzeichneten Absichtserklärung (Memorandum of Understanding) dargelegt sind. Diese Zusammenarbeit erbringt einen doppelten Nutzen: sie trägt dazu bei, dass alle von der Bank finanzierten Projekte grundsätzlich die aus den EU-Umweltrichtlinien und den anderen EU-Politiken herrührenden Umweltvorschriften erfüllen und fördert zudem die Finanzierung von Projekten, die mit einem eindeutigen Umweltnutzen verbunden sind.

Diese enge Zusammenarbeit zwischen EIB und GD Umwelt wurde während des ganzen Jahres 2004 fortgesetzt und äußerte sich auf verschiedenen Ebenen wie bei spezifischen Projekten oder im Zusammenwirken im Hinblick auf bestimmte umweltpolitische Prioritäten wie Klimaschutz, erneuerbare Energien und Umwelttechnologien. Die Bank beteiligte sich aktiv an der Grünen Woche, die die GD Umwelt im Juni 2004 veranstaltete, während Vertreter der GD Umwelt auch an verschiedenen Veranstaltungen der Bank teilnahmen.

Die GD Umwelt hat ebenfalls ihre Bemühungen dahingehend fortgesetzt, die Einbeziehung von Umweltbelangen in die Tätigkeit der EU außerhalb sicherzustellen und die Erfüllung der EU-Standards in den Bewerberländern und anderen Nachbarregionen sowie die Einbringung der umweltpolitischen Anliegen und Interessen der EU in den globalen Umweltdialog zu fördern. Die GD Umwelt spielt auch weiterhin eine führende Rolle in internationalen Umweltfragen – nicht zuletzt bei der Förderung der nachhaltigen Entwicklung, die ja ein zentrales politisches Anliegen der EU ist.

dazu besteht eine Zusammenarbeit mit dem Experten für Sozialentwicklung des Referats Umwelt.

Schwerpunkte der Zusammenarbeit zwischen EIB und CSO sind

- Regelmäßige Workshops zum Informationsaustausch
- Teilnahme der EIB an Veranstaltungen von CSO/NGO
- Informelle projektorientierte Sitzungen von im operativen Bereich tätigen EIB-Mitarbeitern mit lokalen CSO im Rahmen von Dienstreisen
- Korrespondenz und Sitzungen zu Anfragen, Beschwerden und Kampagnen von NGO.

Workshops sind ein wesentliches Element des sich verstärkenden Dialogs der Bank mit der Zivilgesellschaft. Zweimal jährlich kommen Fachleute der EIB mit interessierten Vertretern von NGO und anderen CSO zu Workshops zusammen, deren Tagesordnung gemeinsam aufgestellt wird. Vertreter von NGO/CSO können aber auch in informellen Sitzungen mit Mitarbeitern der Bank die für sie relevanten Fragen erörtern. Die Workshops werden regional organisiert, um lokalen und regionalen Vertretern der Zivilgesellschaft die Teilnahme zu ermöglichen. Die EIB entsendet zu diesen Workshops den zuständigen Vizepräsidenten, ein oder mehrere Mitglieder des Verwaltungsrates sowie Fachleute und Pressesprecher, die sich mit dem Thema Zivilgesellschaft befassen. Die Workshop-Präsentationen werden auf der Website der EIB veröffentlicht.

EIB-Mitarbeiter nahmen auch an von der Zivilgesellschaft organisierten Expertentagungen teil, so z.B. an einem vom CEE Bankwatch Network auf der Internationalen Konferenz für Erneuerbare Energien in Bonn organisierten Workshop sowie an zwei gemeinsam von Abgeordneten des Europäischen Parlaments und von NGO organisierten Seminaren über Themen der EIB.

Außerdem erhalten lokale Organisationen Gelegenheit zu Gesprächen mit Mitarbeitern der operativen Abteilungen der EIB über projektbezogene Themen im Rahmen von informellen Sitzungen, die zumeist im Rahmen von Dienstreisen von EIB-Mitarbeitern in die betreffenden Länder oder Regionen stattfinden. Für Projekte in Regionen, die nicht regelmäßig von EIB-Mitarbeitern besucht werden, werden solche Sitzungen an anderen geeigneten Standorten wie z.B. im Büro der EIB in Brüssel abgehalten. Im Jahr 2004 trafen sich EIB-Mitarbeiter zweimal in Warschau mit polnischen NGO, um über das Darlehen „Flood Damage Reconstruction II" zu diskutieren.

Internationale Konferenz für Erneuerbare Energien

Bonn, 1.-4. Juni 2004

Die EIB hat an der Konferenz für Erneuerbare Energien teilgenommen, die auf Initiative der Johannesburg Renewable Energy Coalition (JREC) einberufen worden war. Auslösendes Moment für diese Konferenz war der auf dem Weltgipfel für Nachhaltige Entwicklung in Johannesburg (2002) ins Leben gerufene JREC-Prozess. Ziel des JREC ist die beschleunigte Umsetzung von Maßnahmen, die eine effiziente und nachhaltige Steigerung des Anteils der erneuerbaren Energieträger an der Erzeugung und dem Verbrauch von Energie weltweit ermöglichen, wobei ein besonderer Schwerpunkt auf dem Bedarf der weniger entwickelten Länder liegt.

Die EIB war bei dieser Konferenz auf der politischen und informationspolitischen Ebene sowie in den Expertenrunden vertreten. Im Rahmen eines Panels auf Ministerebene kündigte Vizepräsident Peter Sedgwick die neuen Finanzierungsinitiativen der EIB zur Verringerung der CO_2-Emissionen und zur Förderung erneuerbarer Energieträger an.

Fachleute der EIB nahmen auch an Nebenveranstaltungen teil, wie beispielsweise an einer von CEE Bankwatch Network organisierten Gesprächsrunde über die Rolle der Entwicklungsbanken bei der Finanzierung erneuerbarer Energien. Im Ausstellungsbereich war die EIB ferner mit einem Informationsstand vertreten, der von Pressesprechern der EIB betreut wurde.

Workshop in Warschau, Juli 2004

Zentrale Themen des Workshops von Warschau waren Klimaschutz und erneuerbare Energien, die Finanzierung von Großprojekten in Entwicklungsländern und Transparenz. Den Vorsitz führte Vizepräsident Peter Sedgwick; der für Polen zuständige EIB-Direktor Jacek Tomorowicz hielt einen Vortrag zur Mitgliedschaft Polens in der EIB und den Ansichten seines Landes zu den auf der Tagesordnung stehenden Themen. Fachleute der EIB und Experten des World Wildlife Fund (WWF) Deutschland, CEE Bankwatch Network, Transparency International und der Campaign to Reform the World Bank führten die Fachthemen ein. Die meisten der 30 NGO/CSO-Teilnehmer vertraten polnische Organisationen. Ferner nahmen an der Veranstaltung Beobachter von Institutionen der Europäischen Union und von Internationalen Finanzierungsinstitutionen teil.

Im Anschluss an das offizielle Programm fanden zwei informelle Gespräche auf Anfrage von NGO statt. Bei dem einen ging es um das neue IUCN-Programm zur biologischen Vielfalt, bei dem anderen um das Darlehen „Flood Damage Reconstruction II" in Polen, um die WWF Polen und Gaja/CEE Bankwatch Polen geben hatten.

Finanzierungen zugunsten des Umweltschutzes im Jahr 2004

Die Europäische Investitionsbank hat 2004 Darlehen über insgesamt 11,1 Mrd EUR für 95 Umweltprojekte gewährt.

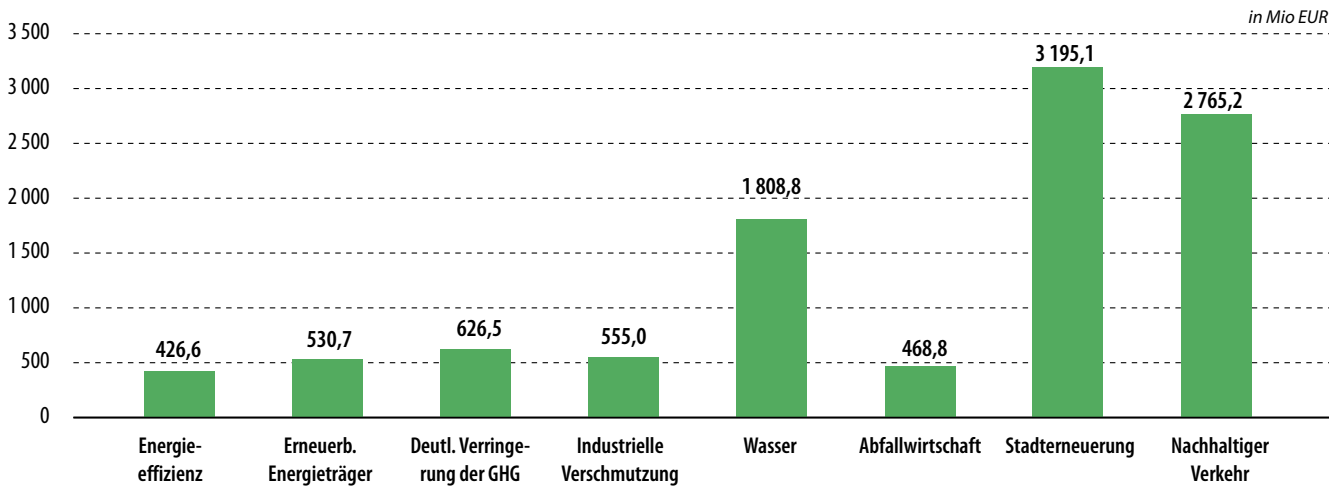
Die Finanzierungen der EIB decken eine Vielzahl von Tätigkeitsbereichen ab. So wurde die Bank beispielsweise um Finanzierungsbeiträge für Projekte auf dem Gebiet der erneuerbaren Energien in der EU, für aus EU-Mitteln unterstützte Programme zum Ausbau von Umweltschutzinfrastrukturen in Bewerberländern und für Wasser- und Abwasserprogramme in Afrika gebeten. Die Bank stellt ihre Mittel auch über zwischengeschaltete Finanzinstitute bereit. Diese Finanzierungen werden als Globaldarlehen bezeichnet und können speziell auf umweltpolitische Ziele ausgerichtet sein oder umweltrelevante Komponenten aufweisen.

Die EIB hat 2004 direkte Darlehen für 95 Umweltprojekte in Höhe von 11,1 Mrd EUR vergeben, gegenüber einem Gesamtbetrag von 31,4 Mrd EUR für alle in diesem Zeitraum finanzierten Einzelprojekte. Hierin sind die umweltrelevanten Komponenten von Projekten, die nicht unmittelbar dem Umweltschutz dienen, nicht enthalten und werden derzeit von der Bank auch nicht erfasst.
Von dem Gesamtbetrag der Finanzierungen in Höhe von 43,2 Mrd EUR im Jahr 2004 entfielen 11,8 Mrd EUR auf Globaldarlehen; davon wurden 30 Mio EUR speziell für Projekte mit umweltpolitischen Zielen über spezialisierte Finanzinstitute bereitgestellt.

Der Trend bei den Umweltfinanzierungen hat sich gegenüber dem letzten Berichtszeitraum kaum verändert. Die im Zusammenhang mit ihrer Unterstützung für das 6. Aktionsprogramm der EU für die Umwelt vergebenen Umweltdarlehen der EIB betreffen vor allem:

- Klimaschutz (Energieeffizienz und erneuerbare Energien);
- Naturschutz/Artenvielfalt und natürliche Ressourcen (Schutz vor und Hilfe nach Naturkatastrophen einschließlich Hochwasserhilfe);
- Umwelt und Gesundheit (Verringerung der industriellen Umweltverschmutzung, Wasserversorgung und Abwasserbehandlung);
- Nachhaltige Nutzung natürlicher Ressourcen und nachhaltige Abfallwirtschaft (Abfallmanagement);
- Verbesserung der Lebensqualität in städtischen Gebieten (Stadterneuerung und nachhaltige Stadtverkehrskonzepte).

Umweltdarlehen für Einzelprojekte nach Förderungswürdigkeit - 2004



Die EU-Energieinitiative

Die EU-Energieinitiative zielt auf einen weltweit verbesserten Zugang zu einer adäquaten, zukunftsfähigen und bezahlbaren Energieversorgung im ländlichen, stadtnahen und städtischen Raum ab, um die Armut zu bekämpfen und die Entwicklungsziele der Millenniumserklärung zu unterstützen.

Maßnahmen im Rahmen der Energieinitiative umfassen die Elektrifizierung im ländlichen Raum, die Entwicklung dezentralisierter Energieversorgungssysteme, die verstärkte Verwendung erneuerbarer Energien und die Erhöhung der Energieeffizienz (einschließlich saubererer, effizienterer Technologien für fossile Brennstoffe, Technologien für effizientere Anlagen und effizientere Nutzung von traditioneller Biomasse). Die wichtigsten thematischen Schwerpunkte der Initiative wurden mit den Mitgliedstaaten abgestimmt und schließen die Entwicklung der Energiepolitik, den Aufbau institutioneller Kapazitäten und technische Kooperation, sektorübergreifende Planung, Marktentwicklung und Zusammenarbeit mit Finanzinstitutionen ein.

Klimaschutz

Erneuerbare Energien und Energieeffizienz

Die EIB-Finanzierungen im Energiesektor reichen von der Exploration bis zur Energieversorgung in ihren verschiedenen Formen. Viele Projekte dienen Umweltschutzzielen, da sie die Effizienz bestehender Einrichtungen deutlich erhöhen (z.B. durch die Modernisierung von Anlagen) oder die Verwendung saubererer Kraftstoffe/erneuerbarer Energien fördern.

Wichtige rechtliche Grundlagen für die Förderung von Energieeffizienz und erneuerbaren Energien in der EU sind die Richtlinie zur Förderung der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energiequellen (2001/77/EG), die Richtlinie über die integrierte Vermeidung und Verminderung der Umweltverschmutzung (96/61/EG), der Richtlinienentwurf über die Förderung der Kraft-Wärme-Kopplung und Maßnahmen zur Umsetzung des Kyoto-Protokolls in der EU.

Zu den von der Europäischen Kommission gesetzten Zielen zählt die Erhöhung des Anteils der erneuerbaren Energieträger am Energieverbrauch von 6 auf 12% und des mit erneuerbaren Energien erzeugten Stroms auf 22% des Stromverbrauchs bis zum Jahr 2010.

Im Zeitraum 2000-2004 erreichten die Finanzierungen der EIB zugunsten von Projekten im Bereich erneuerbare Energien im Verhältnis zu der Darlehensvergabe für die Stromerzeugung in der EU insgesamt 32%, gegenüber 36% im Jahr 2004 und im Vergleich zu der Zielvorgabe von 50% bis 2010.

Die von der Kommission im Mai 2004 vorgenommene Überprüfung der Nutzung erneuerbarer Energieträger ergab, dass trotz der raschen Entwicklung in einigen Sektoren – insbesondere im Bereich der Windenergie – das Erreichen der für 2010 gesetzten Ziele der EU unwahrscheinlich ist, wenn die Mitgliedstaaten nicht erhebliche zusätzliche Anstrengungen unternehmen. Zukünftige Initiativen werden daher unter anderem auf die Erreichung der in der Millenniumserklärung der UN formulierten Entwicklungsziele ausgerichtet und auch die damit zusammenhängende Energieinitiative der EU umfassen, die beim Weltgipfel für Nachhaltige Entwicklung im Jahr 2002 ins Leben gerufen wurde.

Schutz der Natur und natürlicher Ressourcen

Hochwasserschutz

Die EIB hat eine Reihe von Projekten finanziert, die den Hochwasserschutz und die Behebung von Flutschäden betreffen. Hauptzweck des Hochwasserschutzes ist der Schutz der städtischen Umwelt. Die betreffenden Entscheidungen orientieren sich allerdings oft an den wirtschaftlichen Aspekten der Schadensvermeidung und weniger an den Umweltauswirkungen der Schutzmaßnahmen selbst. In einigen Ländern findet ein Übergang von „harten" zu „weichen" Schutzmaßnahmen statt, aber die Einbeziehung von Umweltaspekten in den Hochwasserschutz ist ein langwieriger Prozess. Im Jahr 2004 finanzierte die Bank zwei Hochwasserschutzprojekte in Niedersachsen. Ein Projekt betraf eine Hochwasserschutzanlage an der Nordseeküste, das andere Hochwasserschutzanlagen entlang der Elbe und ihrer Nebenflüsse im Osten Niedersachsens.

Naturkatastrophen

Die EIB verzeichnet einen Anstieg der Finanzierungen für den Wiederaufbau und die Instandsetzung nach Naturkatastrophen wie Hochwasser, Waldbränden und Erdbeben. Die Gründe für diesen Anstieg sind:

- die zunehmende Häufigkeit solcher Ereignisse;
- die Bereitschaft der Behörden, die Instandsetzungsarbeiten über Darlehen zu finanzieren statt über Zuschüsse;
- die von der Bank angebotenen Sonderkonditionen im Falle von Darlehen für den Wiederaufbau im Anschluss an Katastrophen in der EU oder in Nachbarländern.

Die EIB-Darlehen werden hauptsächlich für die Instandsetzung der beschädigten Infrastrukturanlagen und kurzfristige Aufräumungsarbeiten sowie für Präventivmaßnahmen, insbesondere den Hochwasserschutz, verwendet (siehe oben).

Umwelt und Gesundheit

Viele Projekte tragen zur Verbesserung der Umwelt bei, indem sie die Luftqualität erhöhen, die durch industrielle Aktivitäten verursachte Bodenverschmutzung verringern und Wasserressourcen schützen, wodurch sich direkte positive Auswirkungen auf die natürliche Umwelt und die menschliche Gesundheit ergeben.

Verringerung industrieller Umweltverschmutzung

In der europäischen Industrie ist gegenwärtig eine generelle Verbesserung der Effizienz der betrieblichen Verfahren und ein Wandel zugunsten umweltfreundlicherer Produkte und Prozesse festzustellen. Die Luft und Wasser unmittelbar verschmutzenden Emissionen sind deutlich zurückgegangen, und hinsichtlich der Verringerung des Energie- und Materialeinsatzes sowie der Abfallentstehung sind erhebliche Fortschritte erzielt worden. Diese Verbesserungen sind zum Teil durch das europäische Umweltrecht, insbesondere durch die Anwendung der Richtlinie über die integrierte Vermeidung und Verminderung der Umweltverschmutzung (96/61/EG), aber auch durch solide Verfahrensweisen der Wirtschaft ausgelöst worden.

Die Unterstützung der Industrie durch die EIB steht in Einklang mit der europäischen Politik und zielt auf den besseren Schutz der Umwelt bei gleichzeitiger Erhaltung einer wettbewerbsfähigen industriellen Basis ab. Bei allen Einzelprojekten werden die Sicherheits- und Umweltaspekte von den technischen Experten der Bank analysiert um sicherzustellen, dass der Projektträger von Anfang an umweltrelevante innovative und bewährte Verfahren (Best practice) anwendet.

Die **chemische Industrie** in der EU arbeitet an der notwendigen Verbesserung ihrer Umweltbilanz, indem sie neue sauberere Technologien entwickelt und effizienzsteigernde Management-Standards, wie z.B. die Zertifizierungssysteme Eco-Management and Audit Scheme (EMAS) (EG-Umwelt-Audit-System) oder ISO 14001, umsetzt. Projekte in diesem Sektor kommen der Umwelt zugute, weil dadurch, dass bisherige Prozesse und/oder Produkte auf den neuesten Stand gebracht werden, die Öko-Effizienz erhöht wird. Im Rahmen ihrer Innovation-2010-Initiative fördert die EIB die Entwicklung und Markteinführung neuer umweltfreundlicher Technologien.

In Mittel- und Osteuropa sind nach wie vor umfangreiche Investitionen notwendig, um

Unterstützung der Forschung im Umweltbereich

Die Unterstützung der EIB zugunsten der Forschung im ökologischen Bereich ist breit gefächert und reicht von Projekten für Forschung und Entwicklung von umweltfreundlicheren Prozessen und leichter wiederverwertbaren Produkten bis hin zur Anwendung von umweltfreundlicheren Technologien.

Gegenwärtig wird ferner ein neues gemeinsames Instrument der Europäischen Kommission und der EIB zur Kofinanzierung von Projekten in Betracht gezogen. In einigen Bereichen bilden Industrie, Forschungsorganisationen und die Regulierungsbehörden Technologieplattformen. Als Plattformen mit den besten Aussichten auf bankfähige Projekte sind Wasserstoff/Brennstoffzellen, Nanoelektronik, Nanomedizin, Wasser, Photovoltaik, Straßenverkehr, Bahnverkehr, eMobilität, innovative Medizin, Weltraumtechnologie und Stahl zu nennen.

Für verschiedene FuE-Projekte werden neue Finanzierungsinstrumente der EIB-Gruppe wie Sammeldarlehen, Rahmendarlehen und Garantien zugunsten von KMU bereitgestellt. Diese würden auch für die Forschung und Entwicklung in Umwelttechnologien eingesetzt werden.

2004 hat sich die EIB an der dienststellenübergreifenden Gruppe der Kommission für den Aktionsplan für Umwelttechnologien (ETAP) beteiligt. Hauptaufgabe der EIB in diesem Bereich ist es, ihre Erfahrung bei diesbezüglichen Finanzierungen in die Umsetzung des ETAP einzubringen.

die Umweltstandards in der Industrie auf das durch den Beitritt erforderliche Niveau zu bringen. Dies lässt erheblichen Spielraum für die Finanzierung der Instandsetzung, Modernisierung und Erweiterung bestehender Industrieanlagen und zielt darauf ab, einen Beitrag zur Verbesserung der Effizienz und Wettbewerbsfähigkeit der Industrie und zur Einhaltung der umweltrechtlichen Normen und Standards der EU zu leisten.

Was die **Papierindustrie** der EU angeht, so hat sich die Bank an der Finanzierung von zwei Projekten beteiligt, die auf Recycling-Papier basieren und zur Erreichung der in der Verpackungsrichtlinie (94/62/EG) angesprochenen Verwertungs-/Recycling-Ziele beitragen.

Wasserversorgung und Abwasserentsorgung

Im Rahmen der EU-Wasserrahmenrichtlinie finanziert die EIB Investitionsvorhaben und -programme - häufig zusammen mit EU-Instrumenten -, die der Einhaltung investitionsintensiver Richtlinien dienen, wie z.B. der Richtlinien über kommunale Abwässer, Trinkwasser und Badegewässer. Die Bank fördert eine nachhaltige Bewirtschaftung der Wasserressourcen durch Nachfragesteuerung, die integrierte Planung für Flusseinzugsgebiete und den integrierten Hochwasserschutz. Außerhalb der EU entfällt fast ein Viertel aller Umweltdarlehen auf Infrastrukturen für Wasser und Abwasser.

Der zusätzliche Nutzen durch die Einschaltung der EIB besteht darin, dass sie die Nachhaltigkeit der Projekte prüft und die finanzielle Tragfähigkeit durch leistungsorientierte und kostendeckende Preise sicherstellt. Sie fördert die Entwicklung finanziell rentabler und effizienter Dienstleistungsunternehmen der Wasserwirtschaft und unterstützt die Vorbereitung von Pilotprojekten, indem sie im Vorfeld ihr technisches Fachwissen einbringt.

Die Finanzierungen in diesem Sektor belaufen sich auf 1,8 Mrd EUR p.a. und dürften in den kommenden Jahren weiter zunehmen. Allerdings könnten die gesamten Finanzierungen der EIB vorübergehend zurückgehen, da für die neuen Mitgliedstaaten im Rahmen der Kohäsions- und Strukturfonds umfangreiche Zuschüsse zur Verfügung stehen. Neben der gemeinsamen Prüfung von EIB-ISPA-Projekten in den meisten mittel- und osteuropäischen Ländern entsendet die Bank ihre Fachleute in verschiedene wichtige Arbeitsgruppen und steht der EU mit sektorspezifischer Beratung zur Seite.

Die EIB ist bestrebt, die langfristige Nachhaltigkeit von Wasserprojekten dadurch sicherzustellen, dass sie die Finanzierbarkeit und die Verwendung geeigneter Technologien unterstützt und die stufenweise Ausführung von Investitionsprojekten und Investitionen zur Effizienzsteigerung Neubauprojekten vorzieht. Umweltschutz stellt nur einen Aspekt bei der Finanzierung von Wasser- und Abwasseranlagen dar – bei der Projektplanung geht es um ein ausgewogenes Verhältnis zwischen wirtschaftlichen, finanziellen, technischen und ökologischen Faktoren. Zu den größten Risiken im Wassersektor zählen schlechtes Projektmanagement, zu niedrige Gebühren, kaum erschwingliche und zu ehrgeizige Projekte, die durch Zuschüsse oder Subventionen unterstützt werden müssen.

Abfallwirtschaft

In der Europäischen Union lösen die EU-Abfallrahmenrichtlinie (75/442/EWG), die Verbrennungsrichtlinie (2000/76/EG) und die Deponierichtlinie (1999/31/EG) auch weiterhin Investitionen in der Abfallwirtschaft aus. Entsprechend den Anforderungen der Deponierichtlinie konzentriert sich die Abfallwirtschaft darauf, den Anteil der biologisch abbaubaren Abfälle, die auf Deponien verbracht werden, zu verringern. Dies wird vermutlich zu einem immer wichtigeren Nischenmarkt für die Entwicklung von Technologien zur Behandlung von

Wasserversorgung und Abwasserentsorgung in den Entwicklungsländern

Die Europäische Kommission hat 0,5 Mrd EUR aus den bislang nicht zugeteilten Mitteln des 9. Europäischen Entwicklungsfonds für die Verbesserung der Wasserversorgung und Abwasserentsorgung in Afrika, im karibischen Raum und im Pazifischen Ozean im Rahmen der AKP-EU-Wasserfazilität bereitgestellt. Am 11. November 2004 wurde eine Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen für die erste Tranche veröffentlicht. Diese Fazilität fällt in den Rahmen der weltweiten Kampagne, mit der die Zahl der Menschen, die keinen Zugang zu einwandfreiem Trinkwasser und einer grundlegenden Abwasserentsorgung haben, bis zum Jahr 2015 halbiert werden soll (Millennium-Entwicklungsziele).

Die Fazilität eröffnet die Möglichkeit, die Entwicklungshilfe verstärkt für die Mobilisierung umfangreicher Finanzierungsmittel aus anderen Finanzierungsquellen – einschließlich privater Investitionen – für die Wasserver- und Abwasserentsorgung einzusetzen. Dieser Katalysatoreffekt dürfte erreicht werden durch (a) technische Unterstützung für die Entwicklung und Reform der auf den Wassersektor bezogenen Politiken, bessere Regulierung und eine integrierte Bewirtschaftung der Wasserressourcen, (b) Unterstützung von Investitionsprogrammen, die schwerpunktmäßig auf die Millennium-Entwicklungsziele und Initiativen zugunsten der Zivilgesellschaft ausgerichtet sind und (c) flexible und innovative Finanzierungsinstrumente für Projekte und Programme im Bereich Wasserversorgung und Abwasserentsorgung.

Die Bank hat sich verpflichtet, mit ihren finanziellen Ressourcen und ihrem sektorspezifischen Fachwissen zur Erreichung der Millennium-Entwicklungsziele für den Wassersektor bis zum Jahr 2015 beizutragen.

In den kommenden zehn Jahren wird die Finanzierung nachhaltiger Wasserprojekte für die EIB Vorrang haben. In der EU, den Beitritts- und Bewerberländern wird der Schwerpunkt auf der Einhaltung der bestehenden umweltrechtlichen Bestimmungen zur Abwasserbehandlung, zur Qualität von Badegewässern, zur Trinkwasserqualität und zur Erzielung einer hohen Umweltqualität von Wassereinzugsgebieten liegen. Dagegen wird es in den Partnerländern vor allem um den Ausbau der grundlegenden Versorgung und die Nachhaltigkeit der bestehenden Einrichtungen gehen. Gleichzeitig werden Investitionen für eine ausgewogene Entwicklung in den produktiven Sektoren zum Wirtschaftswachstum beitragen.

Wenn spürbare Fortschritte bei der Erreichung der Millennium-Entwicklungsziele erzielt werden sollen, müssen gemeinsame Anstrengungen unternommen werden, um innovative, bankfähige Projekte zu entwickeln, die auf arme Bevölkerungsgruppen ausgerichtet sind. Die Standards für Wasserversorgung und Abwasserentsorgung müssen angemessen und bezahlbar sein. Als Hindernisse dürften sich dabei die gesamtwirtschaftlichen Bedingungen, ungenügende Fortschritte bei der Reformierung des Sektors sowie Mängel in der Qualität der Projektvorbereitung und der Fähigkeit der örtlichen Projektträger zur Projektdurchführung erweisen.

Kurzfristig müssen Skaleneffekte und Handlungsspielräume sowie Zuschüsse und Quersubventionierungsmechanismen so gut wie möglich genutzt werden, um dieses Kostenproblem für die armen Regionen zu lösen. Eine Entwicklung jedoch, die dauerhaft von Zuschüssen abhängt, ist nicht zukunftsfähig. Langfristig muss es daher darum gehen, die finanzielle Tragfähigkeit und Kreditwürdigkeit von nachfrageorientierten lokalen Anbietern weiter zu stärken.

Alle beteiligten Gruppen werden auf unterschiedlichen Ebenen auf dieses Ziel hinarbeiten müssen. Mit ihren neuen Finanzierungsinstrumenten für die Partnerländer in Afrika, im karibischen Raum und im Pazifischen Ozean sowie im Mittelmeerraum und durch eine immer engere Zusammenarbeit mit der Europäischen Kommission und anderen Geldgebern ist die EIB bereit, ihren Part hierbei zu übernehmen.

Bioabfällen - unter anderem für die Biogaserzeugung und für andere Verfahren der Energieerzeugung - führen.

Verbesserung der Lebensqualität in der städtischen Umwelt

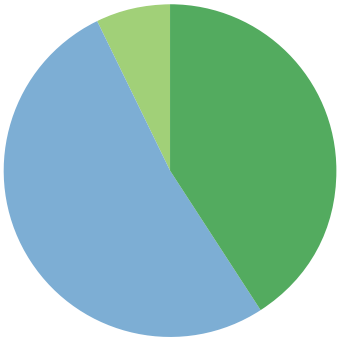
Stadterneuerung

Der Schutz bzw. die Verbesserung der städtischen Umwelt gehört inzwischen zu den Hauptzielen der europäischen Politik. Aus wirtschaftspolitischen Analysen geht immer deutlicher hervor, welche Folgen die Benachteiligung bestimmter Stadtgebiete und eine soziale Ausgrenzung auf die Lebensqualität und die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit von städtischen Gebieten haben können. Sowohl auf EU-Ebene als auch auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene wurde darauf mit der Förderung der Renovierung/Modernisierung städtischer Gebiete im Rahmen integrierter Stadterneuerungsprogramme reagiert.

Die Finanzierungsstrategie der EIB für Stadterneuerungsprojekte steht in Einklang mit der EU-Politik, wie sie vor allem in der Mitteilung „Entwicklung einer thematischen Strategie für städtische Umwelt" KOM(2004)60) zum Ausdruck kommt. Diese stellt darauf ab, die urbane Konzentration zu fördern, den Trend zur Entstehung von Vorstädten zu bremsen, die Zersiedelung zu verhindern und die Nachfrage nach der Erschließung von knappem Bauland in entfernteren ländlichen Gebieten zu dämpfen. Eine Konsolidierung der Städte und eine generelle Rationalisierung der Siedlungsmuster bewirkt ferner eine höhere Energieeffizienz, da sie die Nachfrage nach Individualverkehr reduziert und die Nutzung des öffentlichen Nahverkehrs erleichtert. Inzwischen wird das reiche kulturelle und architektonische Erbe älterer Städte als eine wertvolle Ressource im Zusammenhang mit der Revitalisierung

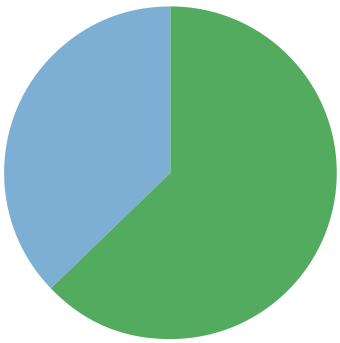
Darlehen für Umweltprojekte

In der EU



Nachhaltige Verkehrskonzepte
Stadterneuerung
Sonstige Darlehen für Umweltprojekte

Außerhalb der EU



Nachhaltige Verkehrskonzepte
Sonstige Darlehen für Umweltprojekte

von städtischen Gebieten anerkannt, die bei angemessener Nutzung eine Katalysatorwirkung für die Förderung einer umfassenderen Erneuerung der Städte und der Schaffung zukunftsfähigerer städtischer Gemeinschaften haben kann.

Die meisten Städte verfügen über einen Stadtentwicklungsplan, in dem Gebiete ausgewiesen werden, die vom Verfall sowie generell von sozialer und wirtschaftlicher Verarmung bedroht sind und daher besonderer Aufmerksamkeit bedürfen. Dies sind die „Aktionsfelder", die üblicherweise in allen Plänen bzw. Strategien zur Stadterneuerung aufgeführt werden und auf die

Stadterneuerung Helsinki, Finnland

Im November 2004 hat die EIB mit der Stadt Helsinki ein Darlehen in Höhe vom 190 Mio EUR unterzeichnet. Die Mittel sind für die Finanzierung einer Reihe von Stadterneuerungsinitiativen bestimmt, die sich sowohl im Generalplan der Stadt Helsinki („Helsinki: Kurs 2020") als auch in der ergänzend dazu festgelegten Entwicklungsstrategie für den Großraum Helsinki („Entwicklungsstrategie für die übergemeindliche Flächennutzung") widerspiegeln. Geplant ist, das anhaltende Wachstum der Stadt wie auch des Großraums Helsinki, das sich den Prognosen zufolge weiter fortsetzen wird, durch die Entwicklung einer kompakteren Stadtstruktur, basierend auf höheren Bebauungsdichten und einer gemischten Nutzung von bestehenden Wohngebieten und brachliegenden Arealen, in geordneten Bahnen zu halten. Der Finanzierungsbeitrag der EIB wird für die Sanierung verfallender bzw. kontaminierter Gebiete der Stadt und ihre Neuerschließung für Sozialwohnungen und für städtische Infrastruktur verwendet.

sich in der Regel die Finanzierungstätigkeit der EIB konzentriert. Solche Pläne beziehen sich per definitionem auf eine bestimmte geographische Lage und mit großer Wahrscheinlichkeit auf eine Vielzahl von Sektoren. Sie fördern eine gemischte Nutzung, um die Bodennutzung zu optimieren, die physische Umwelt zu verbessern sowie die wirtschaftliche Entwicklung zu stimulieren und zukunftsfähigere städtische Gemeinschaften hervorzubringen.

Im Jahr 2004 hat die EIB für Stadterneuerungsprojekte Darlehen in Höhe von insgesamt etwa 3,2 Mrd EUR eingeräumt.

Nachhaltiger Nahverkehr

Im Jahr 2004 stellte die EIB für zukunftsfähige Nahverkehrsprojekte Darlehen in Höhe von rund 2,8 Mrd EUR bereit. Um für einen Finanzierungsbeitrag der EIB in Betracht zu kommen, müssen Nahverkehrsprojekte zur Verbesserung der städtischen Umwelt beitragen. Dies ist in der Regel bei Investitionen in öffentliche Verkehrsinfrastrukturen der Fall. Alle Nahverkehrsvorhaben werden einer Umweltverträglichkeitsprüfung unterzogen, um zu gewährleisten, dass die Umweltauswirkungen von Projekten per saldo akzeptabel sind und erforderlichenfalls geeignete Maßnahmen zur Minderung von Umweltschäden durchgeführt werden.

Die Finanzierungsmittel der EIB wurden u.a. für den Kauf von Zügen sowie für die Errichtung von Konstruktions- und Wartungsanlagen in Aarhus und Kastrup in Dänemark, die Errichtung eines Stadtbahnnetzes in Porto und die Modernisierung von vier Bahnlinien im Großraum Porto in Portugal verwendet.

In Österreich hat sich die Bank am Ausbau des öffentlichen Nahverkehrsnetzes von Linz (Oberösterreich) beteiligt.

In Spanien leistete die EIB einen Finanzierungsbeitrag zum Bau einer neuen U-Bahnlinie und zur Anschaffung von rollendem Material in Barcelona. Im Großraum Sevilla wurde eine Stadtbahnlinie finanziert und in Alicante der Bau eines Straßenbahnnetzes gefördert.

In Frankreich wurden Darlehen für zwei Nahverkehrsprojekte gewährt, und zwar für den Ausbau der Metro Toulouse und das automatisierte Passagierbeförderungssystem am Flughafen Roissy-Charles de Gaulle in Paris.

Ein bedeutender Anteil entfiel auf S-Bahn- und Straßenbahnsysteme, worin sich der Trend zu Massenverkehrsmitteln mit höherer Kosteneffizienz und Flexibilität, vor allem in mittelgroßen europäischen Städten, widerspiegelt.

Zukunftsfähige Verkehrsprojekte gewinnen auch in Ländern außerhalb der EU an Bedeutung, wo ähnliche Probleme mit Verkehrsstaus wie in den Städten der EU bestehen. In Bursa (Türkei) finanzierte die Bank den ersten Bauabschnitt eines Stadtbahnsystems. Ein steigender Anteil nachhaltiger Verkehrsprojekte entfiel auf Personen- und Güterverkehrseinrichtungen im Eisenbahnbereich, die zur Reduzierung der umweltschädlichen Auswirkungen des Straßenverkehrs in Stadtgebieten beitragen sollen.

Globaldarlehen

Im Jahr 2004 stellte die EIB 11,8 Mrd EUR in Form von Globaldarlehen an zwischengeschaltete Finanzinstitute bereit. Die meisten Globaldarlehen sind auf mehrere Ziele ausgerichtet; viele Projekte tragen einem oder mehreren Zielen, darunter auch Umweltschutzzielen, Rechnung.

Darüber hinaus vergibt die EIB zweckgebundene Globaldarlehen zugunsten des Umweltschutzes. 2004 gewährte sie der Bremer Landesbank Kreditanstalt Oldenburg-Girozentrale ein Globaldarlehen für die Finanzierung von Vorhaben im Bereich erneuerbare Energien, hauptsächlich für Investitionen in Windkraftanlagen.

Mittelmeerraum

Die Zahl der Umweltprojekte der EIB im Mittelmeerraum ist seit 2001 leicht zurückgegangen. Die regionalen Schwerpunkte haben sich verlagert, und die Subventionen wurden gekürzt. Die von der Bank finanzierten Umweltinvestitionen betrafen in erster Linie die Abwasserentsorgung in den wichtigsten urbanen Zentren. Mit der Zunahme der städtischen Bevölkerung und der weiteren Entwicklung der Wirtschaftstätigkeit kann es künftig allerdings zu einer Verlagerung der Umweltfinanzierungen von Wasserversorgungs- und Abwasserentsorgungsprojekten auf Vorhaben im Bereich Luftverschmutzung, Nahverkehr und Abfallwirtschaft kommen.

Der Schutz und die Verbesserung der Umwelt im Mittelmeerraum stellt für die EIB ein wichtiges Ziel dar. Zu den größten Hindernissen dafür zählen in dieser Region schwache institutionelle Rahmenbedingungen, knappe öffentliche Haushaltsmittel und unzureichende Kapazitäten für die Projektvorbereitung und -durchführung. Die Einrichtung der ständigen Vertretungsbüros der Bank im Rahmen der FEMIP und die geplante Erweiterung der technischen Hilfe für die Region dürften zu einer stärkeren Präsenz der Bank in dieser Region beitragen.

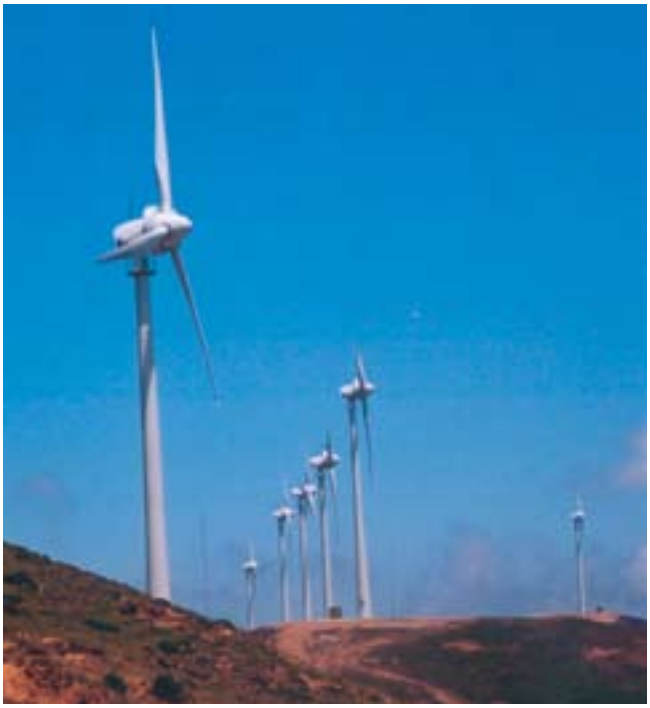
Programm zur technischen Unterstützung des Umweltschutzes im Mittelmeerraum (METAP)

Das METAP-Programm wurde 1990 gemeinsam von der Weltbank, der Europäischen Kommission (GD Umwelt), dem Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP) und der EIB eingerichtet. Ziel dieser Initiative ist es, der Verschmutzung der natürlichen Ressourcen im Mittelmeerraum Einhalt zu gebieten, indem Zuschüsse für Machbarkeitsstudien über Investitionsvorhaben gewährt und Behörden und staatliche Einrichtungen in der Region unterstützt werden. Die vier Phasen des Programms sind METAP I 1990-1993 (2,4 Mio EUR), METAP II 1993-1996 (3,6 Mio EUR), METAP III 1996-2000 (8,6 Mio EUR) und METAP IV 2001-2005 (12,5 Mio EUR).

Bis zum Ende der METAP-Phase III lag der Schwerpunkt auf Machbarkeitsstudien. Seit 1992 hat die EIB 73 Machbarkeitsstudien im Gesamtbetrag von 6,7 Mio EUR finanziert. Im selben Zeitraum hat sie für 67 Umweltprojekte in der Region Finanzierungsbeiträge von insgesamt 3 Mrd EUR gewährt. Der durch diese Studien erbrachte zusätzliche Nutzen besteht in einer besseren Projektermittlung sowie Planung und Leitung der Investitionsvorhaben.

Unter METAP IV leistet die Bank technische Hilfe im Rahmen der FEMIP[1]. Der Schwerpunkt der Aktivitäten verschiebt sich von der reinen Projektvorbereitung (z.B. Machbarkeitsstudien) hin zur Projektdurchführung (einschließlich Projektmanagementteams). Dadurch fallen weitaus höhere Beträge an, die sich nach aktuellen Schätzungen auf der Basis der gegenwärtigen Projektpipeline für den Zeitraum 2003-2005 auf 21,7 Mio belaufen dürften. Daher hat die Bank beschlossen, die Unterstützung des Umweltschutzes in der Mittelmeerregion im Rahmen der FEMIP fortzusetzen.

(1) Im März 2002 hat der Europäische Rat zu einer neuen größeren Initiative für den Mittelmeerraum aufgerufen. Dabei ging es nun vorrangig um „die Stimulierung der privatwirtschaftlichen Entwicklung in den Partnerländern des Mittelmeerraums, um ein höheres Wirtschaftswachstum entsprechend dem Wachstum der Erwerbsbevölkerung in der Region zu ermöglichen". In diesem Zusammenhang wurde die Bank beauftragt, eine Fazilität, die Investitionsfazilität und Partnerschaft Europa-Mittelmeer (FEMIP), einzurichten. Im Rahmen der FEMIP steht ein Fonds für Technische Hilfe (von 105 Mio EUR für den Zeitraum 2003-2006) zur Verfügung, der aus dem MEDA-Haushalt der Europäischen Kommission finanziert wird.



Partnerschaft im Rahmen der Nördlichen Dimension

In der Umweltpartnerschaft im Rahmen der Nördlichen Dimension (NDEP) arbeiten die Russische Föderation, die Europäische Kommission, bilaterale Geldgeber und die wichtigsten in der Region tätigen Internationalen Finanzierungsinstitutionen (IFI) zusammen, um die Durchführung wichtiger Projekte im Bereich des Umweltschutzes und der nuklearen Sicherheit in der Nördlichen Dimension, insbesondere in Nordwestrussland und in Kaliningrad, zu koordinieren und zu beschleunigen.

Gemeinsam mit Russland, der Europäischen Kommission, der EBWE, der NIB und der Weltbank ist die EIB Mitglied des NDEP-Lenkungsausschusses, des wichtigsten operativen Gremiums. Der Lenkungsausschuss wählt die vorrangigen Projekte aus den Vorschlägen der Geldgeber und Mitglieder der Gruppe aus und schlägt für die einzelnen Projekte Finanzierungspakete vor, die sich aus Zuschüssen aus dem NDEP-Fonds und Darlehen der angeschlossenen IFI und aus anderen Finanzierungsquellen zusammensetzen.

Bislang wurden für den NDEP-Fonds von den Gründungsmitgliedern Russland, Dänemark, Finnland, Norwegen, Schweden und der EU-Kommission sowie von Belgien, Kanada, Frankreich, Deutschland, den Niederlanden und dem Vereinigten Königreich insgesamt 225 Mio EUR zugesagt. Russland und die übrigen Geldgeber stellen überdies zusätzliche finanzielle Unterstützung für diese Projekte bereit, beispielsweise bilaterale Zuschüsse für Machbarkeitsstudien. Die für Umweltprojekte gewährten NDEP-Zuschüsse in Höhe von insgesamt 76 Mio EUR haben bereits zusätzliche Finanzierungen in einer Größenordnung von über 1,5 Mrd EUR mobilisiert.

Einige der NDEP-Projekte befinden sich bereits in der Durchführung. Das erste genehmigte NDEP-Projekt, eine Kläranlage im Südwesten St. Petersburgs, dürfte bald in Betrieb genommen werden. Ihr Einzugsgebiet umfasst über 700 000 Einwohner; sie wird sich insofern positiv auf die Umwelt in der Stadt St. Petersburg und das Gebiet des Finnischen Meerbusens auswirken, als die Einleitungen unbehandelter Abwässer in die Ostsee verringert werden. Hierbei handelte es sich übrigens auch um das erste Projekt in Russland, für das ein EIB-Darlehen bereitgestellt wurde. Die Einschaltung der EIB erfolgte, nachdem sie auf dem EU-Gipfel von 2001 zur Unterstützung von Umweltprojekten an der russischen Ostseeküste aufgefordert worden war.

Weitere Informationen zur Zusammenarbeit im Rahmen der NDEP und die betreffenden Projekte sind auf der Website der NDEP abrufbar: www.ndep.org.

Balkanregion

Die EIB unterstützt Wiederaufbaumaßnahmen in den westlichen Balkanländern (Kroatien, Bosnien und Herzegowina, Serbien und Montenegro, Albanien und die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien). Schwerpunkt ihrer Finanzierungen in dieser Region sind Verkehrsinfrastrukturen und kommunale Infrastrukturanlagen. 2004 stellte sie Darlehen von insgesamt 436 Mio EUR für den westlichen Balkan bereit, davon 150 Mio EUR für Umweltprojekte.

Aus regionalen strategischen Initiativen, wie dem von der Kommission und der DABLAS-Task-Force (für Umweltprojekte am Schwarzen Meer und im Einzugsgebiet der Donau) finanzierten Regionalen Umweltwiederaufbauprogramm (REReP), gehen vorrangige Investitionsprogramme hervor, die als Basis für potenzielle Projektfinanzierungen der EIB dienen. Der unter der Leitung der Bank in Kroatien durchgeführte Umweltschutzrahmenplan für das Adriatische Meer (ASEMP) zeigt bereits erste Erfolge, da die Behörden jetzt besser in der Lage sind, vorrangige Investitionsvorhaben in den Küstengebieten der Adria anhand von umweltrelevanten Kriterien auszuwählen.

Beispiele für Umweltprojekte im Jahr 2004

Metropolitana di Roma, Italien

Ein effizientes öffentliches Nahverkehrssystem in Rom und Umgebung ist Voraussetzung für die Gewährleistung einer nachhaltigen städtischen Umwelt. Das Projekt betrifft den Bau einer Anschlussstrecke an die vorhandene Linie B des U-Bahnnetzes der Stadt Rom und die Anschaffung von 45 neuen Zugeinheiten als Ersatz für das veraltete rollende Material. Das Projekt ist ein wesentlicher Bestandteil einer langfristigen Strategie für die Verkehrsentwicklung im Großraum Rom, die auf die verstärkte Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel abzielt. Das Projekt wird zum einen zu einer deutlichen Verbesserung des Angebots an öffentlichen Verkehrsleistungen in den nordöstlichen Vororten von Rom führen und zum anderen zu einer höheren Qualität der Leistungen und zu mehr Fahrgastkomfort im bestehenden U-Bahnnetz beitragen. Allerdings wird die neue Linie tiefer als üblich verlaufen, um mehrere wichtige Einrichtungen nicht zu beeinträchtigen und Störungen in den dicht bebauten Stadtgebieten sowie an archäologischen Fundstätten zu vermeiden. Die Bauzeit ist daher sehr lang und der Investitionsaufwand höher als bei allen bisher von der Bank finanzierten U-Bahn-Projekten.

Bosporus-Tunnel Istanbul, Türkei

Das Projekt betrifft die Tunnelverbindung zwischen den beiden Eisenbahnlinien, die in Istanbul jeweils auf einer Seite des Bosporus enden. Die Projektstrecke hat eine

Gesamtlänge von fast 77 km. Das Projekt umfasst den Bau eines 14 km langen doppelgleisigen Tunnels (zum Teil unter dem Meeresboden), den Ausbau der beiden vorhandenen Radialstrecken durch Hinzufügung eines dritten Gleises mit einer Länge von 63 km, 40 Bahnstationen, die Anbindung der Strecke an andere Verkehrsnetze und die Anschaffung von rollendem Material. Insgesamt wird der Ausbau der vorhandenen Linien dazu führen, dass eine vollständig modernisierte Strecke mit einer Gesamtlänge von 77 km zur Verfügung stehen wird. Ziel des Projekts ist die Bereitstellung der ersten direkten Durchgangsverbindung für Massenverkehrsmittel für den Großraum Istanbul und gleichzeitig die gegenseitige Anbindung der bisher getrennten Eisenbahnnetze der Türkei auf asiatischer und europäischer Seite für den Güter- und Personenfernverkehr.

Das Projekt ist mit erheblichen positiven Umweltauswirkungen verbunden. Die Verkehrsüberlastung in Istanbul wird sich verringern, was wiederum zu einer deutlichen Abnahme der Unfallquote führen wird. Der Rückgang des Straßenverkehrs wird sich positiv auf die Luftverschmutzung auswirken, die Lärmbelästigungen werden abnehmen und das Angebot an öffentlichen Verkehrsmitteln wird sich verbessern.

Städtischer Nahverkehr Lyon

Die Stadt Lyon hat das zweitgrößte öffentliche Verkehrsnetz Frankreichs. Lyon zählt rund 1,3 Millionen Einwohner. Das Projekt umfasst den Bau einer neuen Straßenbahnlinie von 14,6 km Länge, eine 2,2 km lange Anschlussstrecke an eine bestehende Straßenbahnlinie, eine 1,2 km lange Anschlussstrecke an eine vorhandene U-Bahnlinie, die Installierung eines geschlossenen Fahrscheinsystems im gesamten Metronetz und vier neue Park-and-Ride-Anlagen. Positive Umweltauswirkungen: Das Projekt wird zu einer stärkeren Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel in Lyon führen. Insgesamt werden rund 17 Millionen Fahrgäste pro Jahr von den Investitionen profitieren, von denen rund 2,9 Millionen Fahrgäste vom Privatfahrzeug auf öffentliche Verkehrsmittel umsteigen werden. Damit wird sich die Zahl der jährlich von Privatfahrzeugen zurückgelegten Kilometer um über 8 Millionen verringern. Der unmittelbare Umweltnutzen – beispielsweise weniger Unfälle und weniger Lärmbelästigung – wird auf rund 1 Mio EUR pro Jahr veranschlagt.

Abwasser Nikosia, Zypern

In den vergangenen Jahrzehnten war in der geteilten Hauptstadt Nikosia eine beachtliche Zusammenarbeit zwischen griechisch-zypriotischen und türkisch-zypriotischen Gemeinden im Bereich Abwasserentsorgung zu verzeichnen. Aufgrund der raschen Verstädterung und der Tatsache, dass die erforderlichen Investitionen weniger zügig als erwartet vorgenommen wurden, ist ein bedeutender Teil der Einwohner der Stadt noch immer nicht an die zentrale Kanalisation angeschlossen. Außerdem verursacht die einzige Kläranlage im Norden des Landes eine starke Geruchsbelästigung. Das Projekt unterstützt die Abwasserbehörde von Nikosia bei ihren Bemühungen, 650 km Hauptkanäle und 300 km Nebenkanäle zu bauen und so weitere 20% der Einwohner von Nikosia an die Kanalisation anzuschließen. Das Vorhaben leistet auch einen Beitrag zur Erfüllung der EU-Umwelt- und Wasserrichtlinien. Parallel dazu wird eine aus der METAP-Fazilität der Bank finanzierte Studie durchgeführt, die auf die Aktualisierung des vorhandenen Generalplans für die Abwasserwirtschaft im Großraum Nikosia und auf die Vorbereitung künftiger von den beiden Kommunen beiderseits der grünen Grenze durchzuführender Projekte abstellt. Das Projekt schließt an die Finanzierungen an, die die EIB im zypriotischen Wasser- und Abwassersektor bereits durchgeführt hat. Bisher hat die Bank sieben derartige Projekte mit einem Darlehensvolumen von insgesamt über 200 Mio EUR unterstützt.

Kläranlage Bukarest Glina, Rumänien

(genehmigt, aber noch nicht unterschrieben)

Als beitretender Staat unternimmt Rumänien im Umweltbereich erhebliche Anstrengungen im Hinblick auf die Übernahme des Acquis communautaire. Die Europäische Kommission unterstützt diese Bemühungen mit Zuschüssen in Höhe von bis zu 75% der förderfähigen Ausgaben, unter anderem im Rahmen des ISPA. In enger Zusammenarbeit mit der Kommission leistet die EIB Finanzierungsbeiträge zu kommunalen und regionalen Projekten und ist mit bislang 30 genehmigten Projekten mit einem Investitionsvolumen von über 1 Mrd EUR der wichtigste Darlehensgeber für den rumänischen Wassersektor. Eines der bedeutendsten Umweltprojekte wurde in der Hauptstadt Bukarest in die Wege geleitet, wo die zentrale Kläranlage im Vorort Glina seit 15 Jahren nicht fertiggestellt und ordnungsgemäß in Betrieb genommen wurde. Folglich sind die unbehandelten Abwässer von rund 2,4 Mio Einwohnern eine der Hauptursachen für die Verschmutzung des Donaubeckens. Mit einer Klärkapazität von 18 m^3/Sek. bei vollständiger Einhaltung der EU-Richtlinie wird die sanierte und ausgebaute Kläranlage Glina zu den größten in ganz Europa zählen. Mit Kosten von 250 Mio EUR stellt sie eine der bedeutendsten Einzelinvestitionen im Umweltbereich in Rumänien dar.

Zentrale Kläranlage Budapest, Ungarn

(genehmigt, aber noch nicht unterschrieben)

Das Projekt wird die dringend benötigte Aufbereitung der kommunalen Abwässer vor ihrer Einleitung in die Donau gewährleisten. Derzeit wird nur ein Drittel der Abwässer von Budapest in der Kläranlage Nord-Pest behandelt, während die übrigen Abwässer von Süd-Pest, Buda-Zentrum und Süd-Buda nach wie vor unbehandelt in den Fluss eingeleitet werden. Die Zentrale Kläranlage ist für die Primär- und Sekundärbehandlung von rund 350 000 m^3 kommunaler Abwässer pro Tag bei vollständiger Einhaltung von EU-Richtlinien und ungarischen Bestimmungen ausgelegt. Im Anschluss an eine eventuelle Neueinstufung der Donau als sensitives Wassereinzugsgebiet kann in einer weiteren Ausbauphase eine Tertiärbehandlung hinzugefügt werden. Aufgrund des Projektstandorts auf der Insel Csepel ist die Anlage von erschlossenem Stadtgebiet umgeben und wird – um die Auswirkungen von Emissionen zu verringern – überdacht werden. Ergänzt wird das Projekt durch ein Rohrsystem für den Abwassertransport, Heber (Siphons) unter der Donau und Pumpstationen, mit deren Hilfe das Abwasser gesammelt und zur Anlage geleitet wird. Der anfallende Schlamm wird kompostiert. Mit diesem Projekt unternimmt Ungarn erhebliche Anstrengungen zur Erreichung des Acquis communautaire. Die Europäische Kommission hat die Konzipierung dieses Projekts mit Zuschüssen aus dem ISPA unterstützt und wird für die Projektdurchführung Mittel aus dem Kohäsionsfonds bereitstellen.

Dekontaminierung des Küstenstreifens Taparura, Tunesien

Der nördliche Küstenabschnitt von Sfax in Höhe der Stadt Taparura ist stark mit Phosphorgips verschmutzt, der bei der massiven Produktion von Phosphorsäure in der Region anfällt. Ziel des Projekts ist die Dekontaminierung der Böden und langfristig die Beseitigung des Verschmutzungsproblems, um den Küstenabschnitt in ein städtisches Wohn- und Geschäftsviertel mit einem hohen Lebensqualitätsstandard umzuwandeln. Der Phosphorgips wird abgebaggert und auf umweltverträgliche Weise entsorgt, indem er abgedichtet und auf diese Weise neutralisiert wird, um Sickerverluste in das Grund- und Oberflächenwasser zu verhindern. Anschließend wird das Gelände mit Sand aufgeschüttet, wodurch ein 5 km langer Strand entsteht und dem Meer langfristig rund 450 ha Land abgewonnen werden. Auf diesem hinzugewonnenen Land wird das Ballungsgebiet Sfax um Erholungs- und Wohngebiete, Geschäftsviertel und Dienstleistungsflächen, Grünflächen und öffentliche Infrastruktureinrichtungen erweitert. Damit wird der nördliche Küstenabschnitt der Stadt Sfax wieder als städtisches Gebiet eingestuft werden können. Die Aufräum- und Dekontaminierungsarbeiten gehen Hand in Hand mit anderen Maßnahmen im Bereich des Küstenmanagements, um die Küste vor Erosion zu schützen. Um eine hohe Qualität und effiziente Durchführung des Projekts (geotechnische Studie, Aufstellung der Durchführungspläne, Überwachung und Ausführung der Arbeiten) zu gewährleisten, hat sich die Bank bereit erklärt, der Société d'Etudes et d'Aménagement des Côtes Nord de la Ville de Sfax (SEACNVS) für das Projektmanagement und die Überwachung der Arbeiten technische Hilfe bereitzustellen, die aus FEMIP-Mitteln finanziert wird.

Wärmedämmung Wiener Wohnen, Österreich

Im November 2004 genehmigte der Verwaltungsrat ein Darlehen von 100 Mio EUR zugunsten des für Sozialwohnungen zuständigen Unternehmens „Wiener Wohnen". Dieses Darlehen schließt sich an den Finanzierungsbeitrag an, den die EIB der Stadt Wien bereits für ihr Stadterneuerungsprogramm gewährt hat. Mit dem Projekt sollen die Auswirkungen der sozialen Isolierung in Angriff genommen werden, die mit der Unterbringung in nicht dem Standard entsprechenden Sozialwohnungen einhergeht. Die Qualität der Wiener Sozialwohnungen ist mittlerweile auf ein Niveau abgesunken, das man nach modernen Standards nicht mehr als zufriedenstellend bezeichnen kann. Das Darlehen der Bank ist für Sanierungs- und Modernisierungsvorhaben bestimmt. Diese Vorhaben wurden aus einem umfassenderen Investitionsprogramm ausgewählt und dürften einen wesentlichen Beitrag zur Umsetzung der Stadterneuerungsstrategie leisten, die auf wesentliche Verbesserungen im sozialen, wirtschaftlichen und ökologischen Bereich ausgerichtet ist. Die Mittel werden schwerpunktmäßig für die Wärmeisolierung der Wohngebäude eingesetzt, die für Zuschüsse im Rahmen des österreichischen THEWOSAN-Programms in Betracht kommen. Durch die Modernisierung des Wohnhausbestands und weitere ökologische Verbesserungen wird das Projekt zur Verringerung der Probleme für die städtische Umwelt und zu Energieeinsparungen beitragen. Damit wird eine deutliche Verbesserung der Energieeffizienz und eine weitere Annäherung an das im Kyoto-Protokoll vorgegebene Ziel der Verringerung von CO_2-Emissionen erreicht.

Papier-Recycling Schwarze Pumpe, Deutschland

Das Projekt betrifft den Bau und Betrieb einer Testliner-Papierfabrik auf der grünen Wiese, in der Altpapier verarbeitet werden wird. Die Anlage ist teilweise in eine nachgelagerte Wellpappen-Produktionsanlage integriert. Der Standort des Projekts befindet sich in Schwarze Pumpe (Landkreis Spree-Neisse, Brandenburg) rund 100 km südöstlich von Berlin nahe der polnischen Grenze. Mit dem Projekt werden die Ziele der EU aktiv unterstützt, indem die Wiederverwertung von Verpackungsabfällen und die Herstellung von Verpackungsmaterial aus Altpapier gefördert werden. In diesem Zusammenhang kommt dem Projekt bei der Umsetzung der Politik Deutschlands im Bereich Altpapiersammlung und -recycling ein hoher Stellenwert zu. Es steht in Einklang mit der angestrebten Entwicklung der Papierindustrie, wie sie in der Mitteilung der Kommission von 1999 zum „Stand der Wettbewerbsfähigkeit der Holz verarbeitenden Industrie und verwandter Industriezweige" zum Ausdruck kommt.

Windpark Tanger, Marokko

Das Projekt betrifft die Errichtung eines großen Windparks (installierte Kapazität: 140 MWe) auf einer Reihe von Gebirgskämmen, die zwischen Tanger und Tetouan von der Mittelmeerküste aus landeinwärts verlaufen. Dies ist die zweite Windenergie-Großanlage in Marokko: Das erste Projekt, Windpark Tetouan mit Standort in Koudia Al Baïda, etwa 15-25 km nordwestlich des jetzigen Projektstandorts, wurde ebenfalls von der Bank mitfinanziert. Die Erfahrung aus den ersten vier Betriebsjahren (2001-2004) hat gezeigt, dass diese Region über ein hohes Windpotenzial verfügt. Der Windpark Tanger wird jährlich rund 500 GWh erneuerbare Energie erzeugen, die in das öffentliche Stromnetz eingespeist werden und Strom ersetzen sollen, der andernfalls in mit fossilen Brennstoffen betriebenen Kraftwerken erzeugt und folglich bedeutende CO_2- und andere umweltschädliche Emissionen verursachen würde. Das Darlehen der Bank wurde an

die Auflage geknüpft, dass mögliche Auswirkungen des Projekts auf die Zugvögel in einer eingehenden Studie untersucht werden. Die genaue Positionierung der Windturbinen wird anhand der Ergebnisse dieser Studie festgelegt.

Erdwärmekraftwerk Nordural, Island

Gegenstand des Projekts ist der Bau und Betrieb neuer Stromerzeugungs- und -übertragungsanlagen im Südwesten Islands. Es umfasst die Erschließung von zwei geothermischen Feldern und den Bau von zwei neuen Erdwärmekraftwerken mit Kraft-Wärme-Kopplung mit einer Leistung von 80 MWe/266 MWth bzw. 100 MWe. Diese Kraftwerke liegen südwestlich bzw. südöstlich von Reykjavik und dienen der Stromerzeugung zur Deckung des Bedarfs der lokalen Bevölkerung und der energieintensiven Industriezweige, die für die isländische Wirtschaft von maßgeblicher Bedeutung sind. Die Erdwärmekraftwerke werden zudem der Wärmeerzeugung dienen – zum einen für die Fernwärmeversorgung und zum anderen möglicherweise für neue Industrieanwendungen in der näheren Umgebung. Die kombinierte Kapazität der beiden Kraftwerke beträgt pro Jahr rund 1 400 GWh (Strom) und 30 Mio m^3 heißes Wasser für die Fernwärmeerzeugung. Die Kraftwerke verwenden unterirdisches Thermalwasser von hoher Temperatur und damit eine natürliche Ressource, die nachhaltig vorhanden ist.

Abfallwirtschaft Amsterdam, Niederlande

Hier handelt es sich um einen Finanzierungsbeitrag zum Ausbau des kommunalen Müllheizkraftwerks im Industriegebiet des Hafens von Amsterdam nordwestlich des Stadtzentrums. Das Projekt betrifft den Bau von zwei zusätzlichen Müllverbrennungslinien mit einer nominalen Kapazität von ca. 500 000 Tonnen pro Jahr. Die zwei neuen Linien sind mit einem der effizientesten Energierückgewinnungs- und Stromerzeugungssysteme ausgestattet, die bislang in kommerziellen Verbrennungsanlagen zum Einsatz gekommen sind, und werden rund 470 GWh pro Jahr liefern – das entspricht dem Strombedarf von rund 140 000 Haushalten. Durch den Einsatz eines besonders aufwendigen Abgasreinigungssystems werden hohe Umweltstandards erzielt und die Emissionen in die Luft deutlich unter den nach den niederländischen und europäischen Rechtsvorschriften geltenden Grenzwerten gehalten. Die Anlieferung des Mülls kann auch auf dem Seeweg erfolgen, so dass die mit der Lieferung per LKW verbundene Lärmbelästigung und Luftverschmutzung vermieden werden kann.

Darlehen für den Umweltschutz im Jahr 2004

(gemäß der Definition der EIB)

Die Klassifizierung der Projekte basiert auf den in dem Dokument *„EIB Eligibility Guidelines - Checking consistency of EIB operations with EU objectives"* (www.eib.org/publications/) definierten Grundsätzen. Die Länder sind entsprechend der protokollarischen Reihenfolge aufgeführt.

Städtische Infrastruktur *Wasserversorgung, Abwasserbeseitigung* *Energie* *Verkehr* *Industrie* *Bildung, Gesundheit* *Dienstleistungen* *Kombinierte Vorhaben zur Strukturverbesserung*

Land	Projektbeschreibung	Sektor	Betrag (Mio EUR)
Europäische Union			
Belgien	Sanierung von Sozialwohnungen und Stadterneuerungsvorhaben in der Region Flandern	Städtische Infrastruktur	75,5
	Modernisierung und Sanierung günstiger Sozialwohnungen in bestimmten Stadterneuerungsgebieten in Wallonien	Städtische Infrastruktur	150,0
	Investitionsprogramm für den Bau von Kanalisations- und Kläranlagen	Wasserversorgung, Abwasserbeseitigung	100,0
Summe			**325,5**
Dänemark	Bau eines Offshore-Windparks im Südosten des Landes	Energie	119,7
	Anschaffung von 89 Zugeinheiten und Bau von Instandhaltungseinrichtungen in Aarhus und Modernisierung von bestehenden Einrichtungen in Kastrup	Verkehr	201,5
Summe			**321,1**
Deutschland	Erneuerung und Entwicklung des Stadtviertels Brühl in Erfurt (Thüringen)	Städtische Infrastruktur	12,5
	Bau und Betrieb einer Anlage zur Herstellung von Testlinerprodukten aus Altpapier in Schwarze Pumpe (Brandenburg)	Industrie	80,0
	Ausbau von Straßen und städtischer Infrastruktur in Brandenburg	Städtische Infrastruktur	202,1
	Modernisierung und Erweiterung von Wasserversorgungs- und Abwasseranlagen in Berlin und Brandenburg	Wasserversorgung, Abwasserbeseitigung	110,0
	Bau und Modernisierung von Klär- und Abwasseranlagen im Einzugsgebiet der Ruhr (Nordrhein-Westfalen)	Wasserversorgung, Abwasserbeseitigung	25,6
	Modernisierung der Hochwasserschutzinfrastruktur an der Nordseeküste Niedersachsens	Wasserversorgung, Abwasserbeseitigung	75,0
	Erneuerung und Modernisierung des Abwassersystems in Hamburg	Wasserversorgung, Abwasserbeseitigung	130,0
	Sanierung, Modernisierung und Erweiterung der Abwasserinfrastruktur der Stadt München	Wasserversorgung, Abwasserbeseitigung	57,0
	Sanierung, Umbau oder Modernisierung von Schulgebäuden sowie Stadterneuerungsmaßnahmen in Bremen	Bildung, Gesundheit	15,0
		Städtische Infrastruktur	5,0
	Bewahrung des Kulturerbes und Verbesserung der öffentlichen Fremdenverkehrsinfrastruktur in Mecklenburg-Vorpommern	Städtische Infrastruktur	200,0
	Bau und Betrieb einer Papierfabrik zur Herstellung von Wellpappe aus Altpapier	Industrie	102,0
	Verbesserung der Hochwasserschutzeinrichtungen in Gemeinden an der Elbe und ihren Nebenflüssen im östlichen Teil des Bundeslands Niedersachsen	Wasserversorgung, Abwasserbeseitigung	30,0
	Investitionsprogramm für Forschung und Entwicklung im Bereich der Produkte für das Flüssigkeitsmanagement	Industrie	21,0
	Finanzierung des Programms zur Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung in Fördergebieten des Landes Schleswig-Holstein durch die Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen	Bildung, Gesundheit	17,5
		Dienstleistungen	17,5
		Verkehr	17,5
		Städtische Infrastruktur	17,5
	Verbesserung der Abwasserentsorgung im Raum Bremen	Wasserversorgung, Abwasserbeseitigung	67,0
Summe			**1 202,2**

Städtische Infrastruktur *Wasserversorgung, Abwasserbeseitigung* *Energie* *Verkehr* *Industrie* *Bildung, Gesundheit* *Dienstleistungen* *Kombinierte Vorhaben zur Strukturverbesserung*

Land	Projektbeschreibung	Sektor	Betrag (Mio EUR)
Griechenland	Bau neuer und Modernisierung bestehender Infrastrukturen und Einrichtungen in Athen sowie in anderen Städten Griechenlands (Olympische Spiele Athen 2004)		1 000,0
Summe			**1 000,0**
Spanien	Bau einer U-Bahn-Linie in Barcelona		650,0
	Infrastrukturvorhaben in den Bereichen Straßenbau sowie städtischer und regionaler Verkehr in Katalonien		71,2
	Modernisierung und Erweiterung der Messeeinrichtungen der Stadt Valencia		62,0
	Städtische Infrastrukturvorhaben in Madrid		180,0
	Kofinanzierung des Regionalen Operationellen Programms für Andalusien im Rahmen des Gemeinschaftlichen Förderkonzepts für 2000-2006		50,0
	Anschaffung von 83 Zügen für die U-Bahn von Barcelona		140,0
	Bau und Modernisierung von Lehreinrichtungen der Universität Kastilien-La Mancha		21,0
	Bau und Betrieb einer Stadtbahnlinie im Großraum Sevilla		50,0
	Anlagen zur Wiederverwertung, Kompostierung und Verbrennung von Siedlungsmüll einschließlich einer Sondermülldeponie für Verbrennungsrückstände in der Region Kantabrien		36,8
	Schaffung eines Straßenbahn-/Stadtbahn-Netzes in Alicante (Autonome Region Valencia)		145,0
	Verbesserung der Kanalisations- und Kläranlagen in der Provinz Guipúzcoa		30,0
	Investitionsprogramm für Forschung und Entwicklung im Bereich der Produkte für das Flüssigkeitsmanagement		4,9
	Modernisierung und Verbesserung der Eisenbahninfrastruktur in ganz Spanien		175,0
	FuE-Aktivitäten zur Verbesserung der Leistung von Windkraft-Generatoren und Windparks		150,0
Summe			**1 765,9**
Frankreich	Erweiterung des U-Bahn-Netzes von Toulouse (Midi-Pyrénées)		230,0
	Bau eines automatischen Personentransportsystems auf dem Gelände des Flughafens Roissy-Charles de Gaulle (Paris)		30,0
	Bau einer ersten Straßenbahnlinie in Clermont-Ferrand, Departement Puy-de-Dôme (Region Auvergne)		120,0
	Kauf von 25 Triebwagenzügen für den regionalen Eisenbahnverkehr		50,0
	Investitionsprogramm für Forschung und Entwicklung im Bereich der Produkte für das Flüssigkeitsmanagement		4,2
	Modernisierung und Erweiterung des öffentlichen Verkehrsnetzes im Großraum Lyon		120,0
	Kauf von 18 Doppelstock-Zuggarnituren, die zunächst auf der Hochgeschwindigkeitsstrecke Paris-Marseille eingesetzt werden		200,0
	Programm zugunsten der Investitionen französischer Gebietskörperschaften im öffentlichen Nahverkehrssektor		250,0
Summe			**1 004,2**
Irland	Renovierung und Modernisierung kommunaler Gebäude im Rahmen eines Stadterneuerungsprogramms		69,0
Summe			**69,0**
Italien	Infrastrukturprojekte zur Stadterneuerung in Florenz (Toskana)		50,0
	Erweiterung eines Heizkraftwerks in Turin		50,0
	Bau der U-Bahn-Linie B1 des städtischen Nahverkehrssystems von Rom sowie Kauf von rollendem Material als Ersatz für veraltete Züge der Linie A		360,0
	Bau einer Straßenbahnlinie in der Stadt Cagliari		20,0
	Finanzierung von kleinen und mittleren Vorhaben zur Verbesserung der städtischen Infrastruktur der Stadt und Provinz Genua		250,0

Städtische Infrastruktur *Wasserversorgung, Abwasserbeseitigung* *Energie* *Verkehr* *Industrie* *Bildung, Gesundheit* *Dienstleistungen*
Kombinierte Vorhaben zur Strukturverbesserung

Land	Projektbeschreibung	Sektor	Betrag (Mio EUR)
	Bau und Betrieb von zwei erdgasbefeuerten Kombikraftwerken, die Strom für das öffentliche Stromnetz erzeugen, in Kalabrien und Apulien	Energie	240,0
	Modernisierung von öffentlichen Straßen und von Sekundarschulen in der Provinz Rom	Kombinierte Vorhaben zur Strukturverbesserung	200,0
	Umwandlung eines bestehenden ölbefeuerten Kraftwerks in ein GuD-Kraftwerk (Ponti sul Mincio, Lombardei) und Bau eines neuen Kraftwerks (Gissi, Abruzzen)	Energie	100,0
	Investitionsprogramm für Forschung und Entwicklung im Bereich der Produkte für das Flüssigkeitsmanagement	Industrie	7,0
	Verbesserung der städtischen Umwelt sowie Infrastrukturvorhaben in den Bereichen Soziales und Humankapital	Kombinierte Vorhaben zur Strukturverbesserung	200,0
	Umweltgerechte Modernisierung und Integration von zwei Raffinerien in Priolo (Sizilien)	Industrie	175,0
	Verbesserung der Wasserversorgungs- und Abwasserentsorgungsanlagen im Raum Arezzo (Toskana)	Wasserversorgung, Abwasserbeseitigung	44,0
Summe			**1 696,0**
Zypern	Ausbau und Betrieb des Kanalisationsnetzes sowie Bau von Kläranlagen für den Großraum Nikosia und acht angrenzende Ortschaften	Wasserversorgung, Abwasserbeseitigung	100,0
	Bau eines GuD-Kraftwerksblocks	Energie	100,0
Summe			**200,0**
Ungarn	Finanzierung von Investitionsvorhaben im Bildungswesen	Bildung, Gesundheit	35,0
	Modernisierung von Stromübertragungs- und -verteilungsnetzen	Energie	125,0
Summe			**160,0**
Niederlande	Investitionsprogramm für Forschung und Entwicklung im Bereich der Produkte für das Flüssigkeitsmanagement	Industrie	12,6
	Bau von zwei Müllverbrennungslinien für Amsterdam und 24 Nachbargemeinden	Wasserversorgung, Abwasserbeseitigung	70,0
	Infrastruktur für die Trinkwasserversorgung in der Provinz Nordholland	Wasserversorgung, Abwasserbeseitigung	75,0
	Erweiterung und Modernisierung der Trinkwasserversorgungsnetze im Nordosten des Landes	Wasserversorgung, Abwasserbeseitigung	100,0
Summe			**257,6**
Österreich	Modernisierung und Erweiterung der Hauptkläranlage der Stadt Wien	Wasserversorgung, Abwasserbeseitigung	65,0
	Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs in Linz (Oberösterreich)	Verkehr	24,0
	Modernisierung von in schlechtem Zustand befindlichen Sozialwohnungen in Wien	Städtische Infrastruktur	75,0
	Erneuerung und Modernisierung von 11 Hauptstreckenbahnhöfen in ganz Österreich	Verkehr	37,5
		Städtische Infrastruktur	12,5
	Investitionsprogramm für Forschung und Entwicklung im Bereich der Produkte für das Flüssigkeitsmanagement	Industrie	5,6
Summe			**219,6**
Polen	Finanzierung kleiner und mittlerer Vorhaben zur Stadterneuerung	Städtische Infrastruktur	47,5
	Finanzierung kleiner und mittlerer Infrastrukturvorhaben	Kombinierte Vorhaben zur Strukturverbesserung	50,0
	Rahmendarlehen zur Finanzierung kleiner und mittlerer kommunaler Infrastrukturvorhaben in der Stadt Bydgoszcz	Städtische Infrastruktur	35,0
Summe			**132,5**
Portugal	Modernisierung von Wasserversorgungsanlagen auf der Insel Madeira	Wasserversorgung, Abwasserbeseitigung	7,0
	Bau eines Stadtbahnnetzes in Porto	Verkehr	200,0
	Modernisierung von vier Vorortbahnstrecken, eine im Großraum Lissabon und drei im Großraum Porto	Verkehr	100,0

Städtische Infrastruktur *Wasserversorgung, Abwasserbeseitigung* *Energie* *Verkehr* *Industrie* *Bildung, Gesundheit* *Dienstleistungen*
Kombinierte Vorhaben zur Strukturverbesserung

Land	Projektbeschreibung	Sektor	Betrag (Mio EUR)
	Modernisierung eines Werks für die Herstellung von Glasbehältern in Marinha Grande	Industrie	30,0
	Bau und Inbetriebnahme eines Konzerthauses in Porto	Dienstleistungen	56,0
Summe			**393,0**
Slowakei	Kofinanzierung vorrangiger Investitionen gemäß dem Gemeinschaftlichen Förderkonzept und dem Einheitlichen Programmplanungsdokument für Ziel-2-Gebiete (2004-2006)	Bildung, Gesundheit	14,3
		Dienstleistungen	50,4
		Wasserversorgung, Abwasserbeseitigung	30,4
Summe			**95,1**
Finnland	Sanierung städtischer Infrastruktur und Bau von Schulen und Kindertagesstätten in Vantaa östlich von Helsinki	Bildung, Gesundheit	11,7
		Städtische Infrastruktur	13,3
	Investitionsprogramm für Forschung und Entwicklung im Bereich der Produkte für das Flüssigkeitsmanagement	Industrie	2,1
	Sanierung verfallener Stadtgebiete zwecks Bereitstellung von Sozialwohnungen, städtischer Infrastruktur, Raum für Gewerbeansiedlung und Gelände für Erholungszwecke in ganz Helsinki	Städtische Infrastruktur	190,0
Summe			**217,1**
Schweden	Bau eines Kombikraftwerks in Rya, etwa 7 km außerhalb von Göteborg, und Erweiterung, Verstärkung und Modernisierung des kommunalen Fernwärmenetzes	Energie	88,0
	Investitionsprogramm für Forschung und Entwicklung im Bereich der Produkte für das Flüssigkeitsmanagement	Industrie	2,1
Summe			**90,1**
Vereinigtes Königreich	Bau und Inbetriebnahme von Anlagen zur Erzeugung von Industriegasen	Industrie	81,8
	Fortsetzung des Stadterneuerungsprogramms in Sunderland durch den Bau neuer Sozialwohnungen	Städtische Infrastruktur	112,8
	Investitionsprogramm für Forschung und Entwicklung im Bereich der Produkte für das Flüssigkeitsmanagement	Industrie	10,5
	Modernisierung von Abwasseranlagen in Wales entsprechend geltenden Umweltstandards	Wasserversorgung, Abwasserbeseitigung	52,8
	Verbesserung der Wasserversorgungs- und der Abwasserentsorgungsinfrastruktur in den englischen Midlands und in Mittel-Wales	Wasserversorgung, Abwasserbeseitigung	215,3
	Stadterneuerungsprogramme mit umfangreichen Vorhaben zur Modernisierung oder zum Bau von Sozialwohnungen	Städtische Infrastruktur	143,8
	Ausbau der Wasser- und Abwasserinfrastruktur im Nordwesten Englands	Wasserversorgung, Abwasserbeseitigung	287,5
	Verbesserung der Wasser- und Abwasserinfrastruktur in Yorkshire und in Teilen von Humberside	Wasserversorgung, Abwasserbeseitigung	143,6
Summe			**1 048,1**
Summe EU			**10 197,0**
Artikel 18			
Island	Ausbau des Erdwärmekraftwerks Nesjavellir bei Reykjavik	Energie	24,0
	Bau und Betrieb von Stromerzeugungs- und -übertragungsanlagen im Südwesten Islands zur Versorgung des Aluminiumwerks Nordural mit erneuerbarer Energie	Energie	157,0
Summe			**181,0**
Summe Artikel 18			**181,0**

Städtische Infrastruktur *Wasserversorgung, Abwasserbeseitigung* *Energie* *Verkehr* *Industrie* *Bildung, Gesundheit* *Dienstleistungen*
Kombinierte Vorhaben zur Strukturverbesserung

Land	Projektbeschreibung	Sektor	Betrag (Mio EUR)
Südosteuropa			
Serbien und Montenegro	Programm zur Instandsetzung und Modernisierung der Wasserversorgungs-, Abwassersammel- und Kläranlagen in Novi Sad und Niš		25,0
Summe			**25,0**
Kroatien	Rahmendarlehen zur Finanzierung von Investitionsvorhaben zur Instandsetzung und Modernisierung kommunaler Infrastruktur durch Gebietskörperschaften in ganz Kroatien		150,0
Summe			**150,0**
Rumänien	Modernisierung und Ausbau der Wasserversorgungs- und Abwassernetze in Satu Mare (Norden), Piatra-Neamt und Buzau (Osten)		29,0
Summe			**29,0**
Summe Südosteuropa			**204,0**
Länder der Partnerschaft Europa-Mittelmeer			
Libanon	Modernisierung und Ausbau der Abwasseranlagen der Ballungsgebiete Saïda und Sur in Südlibanon		45,0
Summe			**45,0**
Marokko	Modernisierung und Verbesserung der Umweltverträglichkeit des Wärmekraftwerks Mohammedia nördlich von Casablanca		40,0
	Bau eines Windparks zwischen Tanger und Tetuan		80,0
Summe			**120,0**
Tunesien	Dekontaminierung des Küstenstreifens Taparura im Großraum Sfax (Phosphatschlamm-Deponie)		34,0
Summe			**34,0**
Türkei	Bau eines teilweise unter dem Meeresboden verlaufenden Schienentunnels unter dem Bosporus sowie Verbesserungen am bestehenden Schienennetz und am rollenden Material (*)		200,0
	Bau des ersten Abschnitts eines Stadtbahnnetzes in Bursa im Südosten der Region Marmara		55,0
Summe			**255,0**
Summe Länder der Partnerschaft Europa-Mittelmeer			**454,0**
Südafrika			
	Bau eines Staudamms und dazugehöriger Infrastruktur für die Wasserversorgung des Großraums Kapstadt		100,0
Summe Südafrika			**100,0**
Insgesamt			**11 136,0**

(*) Neuklassifizierung dieses Projekts im Jahr 2005

1. Casa da Musica do Porto, Portugal

2. Stadtbahnnetz in Bursa, Türkei

3. Investitionsprogramm zur Stromübertragung der E.ON Hungaria, Ungarn

4. Sanierung von Sozialwohnungen und Stadterneuerungsvorhaben der Flemish Housing Corporation, Belgien

5. U-Bahn Barcelona, Spanien

Verzeichnis der Abkürzungen

AKP	Afrika, karibischer Raum und Pazifischer Ozean
ASEMP	Umweltschutzrahmenplan für das Adriatische Meer (Adriatic Sea Environmental Master Plan)
CCFF	Klimaschutz-Finanzierungsfazilität (Climate Change Financing Facility)
CCTAF	Fazilität für technische Hilfe im Bereich Klimaschutz (Climate Change Technical Assistance Facility)
CDM	Mechanismus für umweltverträgliche Entwicklung (Clean Development Mechanism)
CEE	Mittel- und Osteuropa (Central and Eastern Europe)
CFE	Emissionshandelsfonds für Europa (Carbon Fund for Europe)
CSO	Organisation der Zivilgesellschaft (Civil Society Organisation)
CSU	Referat Zivilgesellschaft (Civil Society Unit)
DABLAS	Task Force für Umweltprojekte am Schwarzen Meer und im Einzugsgebiet der Donau (Danube and Black Sea Task Force)
GD Umwelt	Generaldirektion Umwelt der Europäischen Kommission
6EAP	Sechstes Umweltaktionsprogramm der EU (6th Environmental Action Plan)
EC	Europäische Kommission (European Commission)
EIA	Umweltverträglichkeitsprüfung (Environmental Impact Assessment)
EIB	Europäische Investitionsbank
ENVAG	Arbeitsgruppe für die Prüfung von Umweltaspekten (Environmental Assessment Group)
ENVSC	Umweltpolitischer Lenkungsausschuss (Environmental Steering Committee)
ENVU	Umwelt-Referat (Environmental Unit)
ETAP	Aktionsplan für Umwelttechnologien (Environmental Technologies Action Plan)
ETS	Emissionshandelssystem (Emissions Trading Scheme)
EU	Europäische Union
FEMIP	Investitionsfazilität und Partnerschaft Europa-Mittelmeer (Facility for Euro-Mediterranean Investment and Partnership)
GHG	Treibhausgase (Greenhouse Gases)
GWh/a	Gigawattstunden/Jahr (Gigawatthours/year)
IFI	Internationale Finanzierungsinstitution
IBRD	Internationale Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (International Bank for Reconstruction and Development)
ISPA	Strukturpolitisches Instrument zur Vorbereitung auf den Beitritt (Instrument for Structural Policies for Pre-Accession)
IUCN	World Conservation Union
JI	Gemeinsame Umsetzung (Joint Implementation)
JREC	Johannesburg Renewable Energy Coalition
MDGs	Millennium-Entwicklungsziele (Millennium Development Goals)
MEDA	Verordnung über finanzielle und technische Begleitmaßnahmen (MEDA) zur Reform der wirtschaftlichen und sozialen Strukturen im Rahmen der Partnerschaft Europa-Mittelmeer
METAP	Programm zur technischen Unterstützung des Umweltschutzes im Mittelmeerraum (Mediterranean Environmental Technical Assistance Programme)
MFI	Multilaterale Finanzierungsinstitution (Multilateral Financial Institution)
MWe	Megawatt elektrische Leistung (Megawatts of electrical output)
NDEP	Umweltpartnerschaft im Rahmen der Nördlichen Dimension (Northern Dimension Environmental Partnership)
NGO	Nichtstaatliche Organisation (Non-Governmental Organisation)
OGP	Operativer Gesamtplan
REReP	Regionales Umweltwiederaufbauprogramm (Regional Environmental Reconstruction Programme)
UNDP	Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (United Nations Development Programme)
WB	Weltbank (World Bank)
WWF	World Wildlife Fund